

Die „Volkswehr“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Steie Graupenstr. 6/8, 140 durch Korbportier zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, wo Wochens 30 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.34.

# Volkswehr

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Redaktionsadresse: Steie Graupenstr. 6/8, 140. Expedition: Steie Graupenstr. 6/8, 140. Preis: vierteljährlich M. 2.50, wo Wochens 30 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Telephon Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 289.

Mittwoch, den 11. Dezember 1907.

18. Jahrgang.

### Rad bei den Christlich-Nationalen.

Die christlich-nationalen Gewerksvereine verstehen von sich reden zu machen. Fortwährend liest man von einem unaufrichtigen Anwachsen der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen. Letzthin, auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongress in Berlin, sollen „über eine Million Arbeiter“ vertreten gewesen sein. Seit 1903 habe sich ihre Zahl um 400,000 bis 500,000 vermehrt. In diese Zahlen sind nicht einblühend eine ganz andere Melodie. Sie wird gespielt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, dem Stammland der christlich-nationalen Gewerksvereine. Man schreibt darüber:

„Die Schleier fallen!“ jubelte die christlich-nationale Presse nach dem Ausfall der Reichstagswahl. Das Volk habe sich von der „gemüßtergütenden Sozialdemokratie“ losgelöst. Noch im Oktober hörte man diese Tonarten singen.

Währenddem bereitete sich im Ruhrkohlengebiet eine beispiellose Demonstration der härtesten Gewerksvereinsgruppe vor. Seit Monaten wird hier um ein arbeiterfreundliches Knappschaftsstatut gekämpft. Auf Grund der preussischen Knappschaftsreform müssen bis zum 1. Januar 1908 sämtliche preussischen Knappschaftsvereine neue Statuten beschließen oder die Behörde oktroyiert ein Zwangsstatut. Im Ruhrkohlengebiet schlagen die Grubenbesitzer den Arbeitern ein Statut vor, das den Arbeiterwünschen durchaus nicht gerecht wird. Darum haben es die Arbeitervertreter (Knappschaftsältesten) mit 300 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Ablehnend verhielten sich sämtliche im Deutschen Bergarbeiterverband organisierten Aeltesten und bis auf etwa 12 auch die christlich-nationalen Aeltesten. Mit diesem Resultat ist aber der frühere Vorsitzende des christlich-nationalen Gewerksvereins, der letzte Zentrumsabgeordnete Brust, gar nicht zufrieden. Er hat schon den ganzen Sommer und Herbst hindurch Stimmung für die Vorschläge der Grubenbesitzer gemacht in den Zentrumsblättern. Unschwer ist dies Verhalten schon erklärt, wenn man weiß, daß das Knappschaftsgesetz, mit dem die Arbeiter absolut nicht zufrieden sind, auch vom Landtagszentrum mitbeschlossen worden ist, dem Herr Brust als „Arbeiter-Vertreter“ und bergbaulicher Sachverständiger angehört. Infolgedessen trägt auch das Zentrum für das arbeiterfeindliche Gesetz die Verantwortung. Darum schon bemüht sich Herr Brust, die Grubenbesitzeranträge den Arbeitern schmackhaft zu machen. Er hatte kein Glück damit.

Anfänglich war die Haltung der christlich-nationalen Gewerksvereinsleitung zweifelhaft. Im Laufe der Wochen zeigte sich aber, daß auch die christlich-nationalen Gewerksvereinsmitglieder von den Grubenbesitzer-Anträgen nichts wissen wollten, sich auf den ablehnenden Standpunkt des „sozialdemokratischen“ Verbandes stellten. Das war bestimmend für die Gewerksvereinsleitung, wie ihr Vertreter, Re-

battour Imbusch, in einer Gewerksvereins-Konferenz in Glabbach ausführte. Wenn der Gewerksverein dem Statut zustimme, dann wären ihm die Mitglieder scharenweise wegelaufen. Derselbe Gewerksvereins-Vertreter erklärte auch, der Abg. Brust habe sich verhalten, wie ein Unternehmer-Vertreter. Getreulich und offen arbeite Brust gegen die Einigkeit der Arbeiter. Es bleibe dem Gewerksverein nichts anderes übrig, als Brust „kastriert“ zu lassen. In dem christlich-nationalen „Vergnappen“ war schon acht Tage vorher geschrieben worden, der Abg. Brust arbeite fortwährend gegen den Gewerksverein. Die Arbeiter hätten längst das Vertrauen zu dem Heuchelschmeißer Brust verloren; sie würden ihn lieber steinigen, als zum Führer wählen! Die Glabbacher Gewerksvereins-Konferenz beschloß eine Resolution, in der die Mitglieder verpflichtet werden, die Buerische Zeitung, deren Redaktion der Abg. Brust ist, zu boykottieren, wenn der Verleger dem Herrn Brust nicht das Handwerk lege!

Diese Aufforderung beantwortet der Zeitungsverleger mit einer Erklärung, in der er sich die Seite des Abg. Brust stellt. Dieser hatte schon vorher der christlich-nationalen Gewerksvereinsleitung zum Vorwurf gemacht, sie sei in das „sozialdemokratische Fahrwasser“ geraten, sie führe die Geschäfte der „gerechten roten Brüder, wie Hue und Genossen“, ja, es hätten Gewerksvereinsbeamte in vertrautem Kreise gefagt, die Sozialdemokraten forderten noch zu wenig! Diesen Vorwürfen läßt nun Brust eine Reihe von gravierenden Enthüllungen folgen, die diesen gefälschten Führer der christlich-nationalen Arbeiterschaft als einen heretrastischen Charakter ärgster Sorte kennzeichnen. Wir würden keine Notiz davon nehmen, wenn nicht die Enthüllungen des Abg. Brust auch Schlässe auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung zuläßen. Die Pflicht des Grundsten verlangt die Registrierung der sensationellen Auspflaenderungen des Zentrumsabgeordneten.

Er behauptet, die Beamten in der Zentrale des christlichen Gewerksvereins der Bergleute seien unfähige Tröpfe, grobmannschlichte Einfaltspinsel, gewissenlose Verdächtiger und Verleumder. Was die „Herrn“ über Brust sagten, seien wissentliche Lügen, ob die Verlogenheit oder die Dreistigkeit größer sei, läßt Brust dahingestellt. Da sich die Leute seit Jahren genau kennen, ist das Zeugnis Brusts über seine christlich-nationalen Brüder in der Zentraleitung des ältesten und größten Gewerksvereins christlicher Couleur ein lauter Protest gegen die Verhöhnung der moralischen Qualitäten der christlich-nationalen Führer.

Sensationelle Enthüllungen bringt der Abg. Brust aber erst, wo er über die innere Verfassung des Gewerksvereins schreibt. Auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongress gab die Delegation des Gewerksvereins der Bergleute 80,000 Mitglieder an. Brust behauptet dagegen, es seien nur noch 70,000, wofür an 40 Beamte angestellt seien! Nach dem Niesenstreik 1905 ist bekanntlich die christlich-nationale Presse nicht müde geworden, von einem „fluchtartigen Mitgliederchwund des sozialdemokratischen Bergarbeiter-Verbandes“ zu schreiben. Sogar nehme der

christliche Gewerksverein „immer zu“ an Mitgliedern. Bald erschien der Bergarbeiter-Verband aufgelöst. Zwar liefen in der Abrechnung für die Periode 1905/06 an Mitgliederbeiträgen nach der „bald aufgelöste sozialdemokratische Verband“ 2,777,421 Mark, der „immer zunehmende christliche Gewerksverein“ 1,234,401 Mark. Aber die Siegesgeänge auf den Gewerksverein nahmen doch ihren Fortgang. Dahinein pläzt nun der mit den Verhältnissen gut vertraute Abg. Brust mit der Behauptung: Ende 1904 habe der Gewerksverein im Ruhrrevier rund 39,000 Mitglieder gehabt. Während des Niesenstreiks seien 40,000 Mitglieder für den Gewerksverein neu gewonnen worden. Er zähle heute aber nur noch 39,000 Mitglieder, also habe er 41,000 Mitglieder seit 1904 im Ruhrrevier verloren! Der christliche Gewerksverein sei trotz seiner großen Beamtenzahl und der „neuen Taktik“ der „klügeren Herren“ heute schwächer wie zum Beginn des Niesenstreiks!

Es war wohl bekannt, daß der Gewerksverein Mitgliederverluste erlitt, aber einen Mitgliederchwund von 41,000 hat doch kein Uneingeweihter vermutet. Im Saargebiet trage die Organisation auch in allen Zügen, überall seien Verluste zu verzeichnen. Wenn die Gewerksvereinsleitung das bestreitet, will Brust mit genannten Angaben dienen. Er führt den Verfall des christlichen Gewerksvereins auf die „radikale Taktik“ der unfähigen Leitung zurück; sie wolle es den Sozialdemokraten an Rabulistikismus zuportun. Andererseits erklären die Gewerksvereinsleiter, wenn sie mit dem „sozialdemokratischen Verband“ in der Knappschaftsfrage nicht gemeinsam handelten, würde der Gewerksverein erst recht viele Mitglieder verlieren. Eine heikle Situation, aber bezeichnend für die Stimmung der Arbeiterkass!

Zu einem hohlenen Streich holt der „christliche“ Abg. Brust aus gegen die Gewerksvereinsleitung, indem er deren Gehaltsverhältnisse enthüllt. Auch das bekommt erst seine allgemeine Bedeutung durch die Vorgänge nach dem Niesenstreik. Damals wurde die sozialdemokratische Partei beschuldigt, von christlich-nationaler Seite, Gelder, die für die streikenden Bergleute bestimmt gewesen wären, nach Rußland geschickt zu haben. Diese Verleumdung wurde auch fleißig von Zentralbeamten des christlichen Gewerksvereins kolportiert, obgleich sie die wahre Sachlage kannten. Wenn die sozialdemokratische Partei wirklich die Gelder nach Rußland geschickt hätte, so wäre das doch keine persönliche Bereicherung der Geldabsender. Was enthüllt nun Herr Abg. Brust? Er schreibt, gleich nach dem Niesenstreik hätten sich die Beamten auf dem Zentralbureau des christlichen Gewerksvereins ihren Gehalt monatlich um bis zu 40 Mark erhöht. Das Gehalt sei auf 2700 Mark festgesetzt worden, steigend jährlich um 60 Mark. Das wäre eine Gehaltserhöhung bis zu 180 Mark jährlich gewesen. Um dieselbe Zeit seien wegen des Streiks in Not geratene Gewerksvereinsmitglieder mit ihren Unterhaltungsgefechten abgewiesen worden! Für die ersten Gewerksvereinsbeamten sei Geld zur Gehaltserhöhung vorhanden gewesen, die hungernden Gewerksvereinsmitglieder hätten nichts bekommen! Im Bedarfsfalle will Brust mit vollen Namen dienen, nur

### Just.

Roman von Alphonse Daudet. Einzig autorisierte Uebersetzung.

(Nachdruck verboten.)

Der Schnee wirbelte heftig nieder. Moronval schlug vor, einen Wagen holen zu lassen; aber das Faktotum erklärte zum großen Staunen aller, daß Augustin und das Kadriolet sie am Ende des Durchgangs erwarteten.

Ein Kadriolet, Teufel! „Apropos, Augustin“, sagte sie. Er hat mich mit einer Bestellung beauftragt. Haben Sie hier nicht einen Jüngling namens Said?

„Ob... Ob... Sicherlich... Ein reizender Bursche“, sagte Moronval.

„Und ein prächtig tiefer Ton! Sie sollen ihn hören“, sagte Sabastiane hinzu, indem er sich zum Fenster hinausneigte und Said mit einer Donnerstimme zu rufen.

Ein entsetzliches Geheul antwortete ihm, gefolgt von der Erscheinung des reizenden Burschen.

Man sah einen großen, schwarzbraunen Schüler eintreten, dessen Lantane, wie all' diese Lantanes (Dauerkleider auf den von Wachstum geplagten Körpern) viel zu eng und viel zu kurz war. Zugelächelt nach Art eines Kasan, gab sie ihm das Aussehen eines schon nach europäischer Mode gekleideten Ägypters.

Dieser Eindruck wurde vervollständigt durch eine ziemlich regelmäßige und feste Figur, deren gelbe, wie zum Berspringen angespannte Haut mit so großer Sparbarkeit verteilt zu sein schien, daß die Augen sich von selbst schlossen, wenn der Mund sich öffnete, und umgekehrt.

Uebrigens erinnerte er sich sehr gut des Kutschers Augustin, welcher bei seinen Eltern gebiert und ihm all' seine Zigarettenstummel geschenkt hatte.

„Was soll ich ihm von Ihnen bestellen?“ fragte Fräulein Constant mit ihrer lebenswichtigen Miene.

„Nichts“, antwortete der Schüler Spitz einfach. „Und wie geht's Ihren Eltern?“ Haben Sie Nachricht von ihnen?

„Nein.“ „Sind sie nach Ägypten zurückgekehrt, wie sie beabsichtigten?“

„Weiß nicht... mir nie geschrieben...“ „Wahrlich, das Muster der Erziehung Moronval-Decoffre war nicht glücklich in seinen Entgegnungen; und Said machte, als er ihn hörte, eigene Betrachtungen.

Es schien ihm, als solle er mit Waisen zusammenleben, mit verlassenen Kindern, — er selbst auch so verlassen, als ob er von Timbuktu oder Oahiti ankäme.

Raschenermäßigt Kammerie er sich an das Kleid der entsetzten Dienerin, welche ihn hergeführt hatte:

„Oh! sag' ihr, daß sie mich besuchen soll... sag' ihr, daß sie mich besuchen soll.“

Und als sich die Tür wieder hinter den Felstein des Faktotums schloß, da begriff er, daß dies zu Ende sei, daß ein ganzes Stück seines Lebens, seine Existenz als verzogetes Kind bereits in die Vergangenheit eintrat, und daß er diese glücklichen Tage nie wieder leben werde.

Während er still vor sich hin weinte, an der Tür des Gartens stehend, streckte sich eine Hand, mit etwas Schwarzem darin ihm entgegen.

Es war der große Said, welcher ihm Zigarettenstummel anbot, um ihn zu trösten.

„Nimm doch, gentere Dich nicht, ich habe davon einen ganzen Kasten voll“, sagte der interessante junge Mann, indem er die Augen schloß, um sprechen zu können.

Said, unter Tränen lächelnd, vernahm durch ein Zeichen, daß er die trefflichen Zigarettenstummel nicht wollte, und der Schüler Said, dessen Verehrtheit sehr beschränkt war, blieb vor ihm aufgestellt, nicht wissend, was er sagen sollte, als Herr Moronval wieder eintat.

Er hatte Fräulein Constant zum Wagen gebracht und kam zurück mit einer respektvollen Nachsicht für den Kummer seines neuen Pensionärs.

Der Kutscher Augustin hatte einen so schönen Pelz, das Pferd des Kadriolets erschien so munter, daß der kleine von Parancy an der stolzen Erscheinung seiner Equipage beunruhigt Anteil nahm. Das war ein großes Glück für ihn, da Herr Moronval, um das Geheimnis seiner warmen Läden zu halten, gewöhnlich zu einer fahrenden, schwebenden, schwarzen, leinwandenen Decofferscheit Methode seine Zuflucht nahm.

„Das ist recht“, sagte er zu dem Ägypter, „sucht ihn zu zerstreuen... Spielt kleine Spiele zusammen, aber geht zuerst in den Saal, wo es viel wärmer ist, als hier. Ich gebe bis morgen Freistunden zum Willkommen des Neulings.“

Armer Neuling!

In der großen, gläsernen Rotunde, wo die Duzend Neuzugler unter Geheul Kammerschwebmeister spielten, war er sofort umringt, ausgefragt in unbegreiflichen Tonarten. Mit seinen blonden Locken, seinem blonden, seinen nackten Beinchen hatte er, unbeweglich und schüchtern inmitten der zügellosen Geküstungen all' dieser mageren und lebhaften warmen Läden, das Aussehen eines eleganten kleinen Parizers, der sich in den großen Nientakta des Parisis des Bleites verirrt hat.

Dieser Einfall ergötzte Herrn Moronval außerordentlich; aber er ward aus seiner schweigmamen Stetigkeit bald durch den Lärm eines sehr lebhaften Streites gerufen, in welchem die „heiß, heiß!“ Labastindres und die dünne, feierliche Stimme der Frau Moronval sich ein schreckliches Langenbrechen lieferten.

Sofort erriet er, um was es sich handele, und eilte schleunigst seiner Frau zu Hilfe, welche das vierzehnjährige Pensionärgeld heldenstark gegen die Ansprüche der Professoren verteidigte, denen man einen beträchtlichen Mißstand schuldig war.

Charles Moronval, Advokat und Literat, war 1848 von Pointe-a-Pitre nach Paris gefahrt worden als Sekretär eines Abgeordneten von Guadeloupe.

Damals war er ein Brausekopf von fünfundsiebzig Jahren, voll von Ehrgeiz und Begierde, reich an Wissen und Ehrlichkeit. Ohne Vermögen, hatte er diese abhängige Stellung angenommen, um sich auf der Reise freizulassen zu lassen und um bis zu diesem schrecklichen Paris gelangen zu können, dessen Flamme so weithin durch die Welt leuchtet, daß sie selbst die Schmetterlinge der Kolonien anzieht.

Raum gelandet, ließ er seinen Abgeordneten fahren, machte einige Bekanntschaften und stürzte sich zuerst in die sprechende und geküßelnde Politik, in der Hoffnung, dort seine Erfolge von jenseits des Meeres wiederzufinden. Aber er hatte die Rechnung gemacht ohne die Pariser Spottlust und ohne diesen vernünftigen kreolischen Argwohn, von dem er sich trotz all' seiner Anstrengungen nie befreien konnte.

Er begnügte sich also zu schreiben, aber er bemerkte sehr bald, daß es in Paris nicht so leicht ist, berühmt zu sein, wie in Pointe-a-Pitre. Sehr stolz, verwöhnt durch seine Ansehenserfolge, bei alledem heftig bis zum Uebermaß, machte er nach und nach die Kunde durch mehrere Journale, ohne bei irgend einem festen Fuß fassen zu können.

Jetzt begann für ihn das schreckliche Leben eines Bekommenen, welches auch entwerer so leicht findet oder für immer flüht. Er war einer von jenen armen Schülern, ausgehungert und stolz, welche allmorgentlich in Paris ankommen, ganz verdrückt von Hunger und eingelegten Träumen, auf der Straße in kleinen Bissen ein in der Tasche verborgenes Pfennigbrot verschlingen, ihre Kleider mit einer Feder... Tinte schwärzen, ihre Hemdbrüsten mit Blaudröde weiß machen und nicht haben, um sich zu erwärmen, als die Wärmeleitungen der Straßen und Stubhöfen.

Er kannte alle Erniedrigungen, alle Leiden, von entzogenen Kredit in der Gaststätte den um elf Uhr Abends verurteilten Schülern der Schenkelle, von der die Nachkommen zu kurzen Nächtschlaf und die Stiefeln, welche Wasser geben.

(Fortsetzung folgt.)

„Im Interesse des Gewervereins“ rief er dessen Leitung, ihn (Bruck) in Ruhe zu lassen, sonst würde er noch viel mehr von der finanziellen Miswirtschaft im Gewervereins erzählen. Wenn die Mitglieder alles wollten, so würden sie eine „Säuberung“ vornehmen, die der Gewervereinsleitung den Laufpaß gäbe.

Man sieht, ein beispielloses Skandal. Die breite Öffentlichkeit wird aus diesen Vorgängen die Lehre entnehmen, die Prophezeiung von dem „Auslaufen der sozialdemokratischen Organisationen durch die „Christlich-Nationalen“ in das Reich der Fabeln zu verweisen. Die älteste und mächtigste christlich-nationale Gewerkschaft ist frant bis ins Mark. Ihre Mitgliederzahlen werden von einem Sachkenner als weit übertrieben zurückgewiesen, statt des ausgesprochenen großen Fortschritts ist ein unerhörter Rückschritt zu verzeichnen. Die leitenden Personen weisen sich die gegenseitigen Beschuldigungen an den Kopf, sie sprechen sich gegenseitig jede Spur von Ehrlichkeit ab. Das sind die „neuen Männer“, die das „sozialdemokratische Volk“ zur „besseren Einsicht“ bringen sollen. Für die Zukunft braucht uns nicht bangen zu sein!

Selt die obigen Ausführungen geschrieben wurden, ist der christliche Streit schon um eine weitere Episode vermehrt worden. Daraus wird geschlossen: Der Vorstand des christlich-nationalen Gewervereins der Bergleute erklärt eine Erklärung, worin es heißt: 1. Die Behauptungen des Abgeordneten Bruck über unumstößliche Anführer von Gewervereinsbeamten seien unwahr. 2. Die Gehälter seien nicht so festgesetzt worden, wie Bruck behauptet; was für Gehälter gezahlt werden und welche Gehaltssteigerungen eintreten, darüber schweigt sich die christlich-nationale Gewervereinsleitung aus! 3. Die Behauptung des Abgeordneten Bruck, der christlich-nationale Gewervereins der Bergleute habe seit Ende 1904 rund 41,000 Mitglieder verloren, er habe nur noch 39,000 Mitglieder im Ruhrgebiet, erklärt der Gewervereinsvorstand für unwahr. Er versichert aber, wie hoch der Mitgliederstand tatsächlich ist, worauf es doch nun ankommt, nach den Erklärungen des Herrn Bruck. Im Grunde genommen, widerlegt der Gewervereinsvorstand seinen früheren vorläufigen Bruch nicht, sondern bestreitet nur dessen Angaben. Zudem kündet das Gewervereinsblatt eine scharfe Abrechnung mit dem Abgeordneten Bruck an. In drei Verammlungen zum Reich sollen seine „verleumdenden Behauptungen“ beleuchtet werden. Wenn es etwas zu verbergen gäbe aus der Gewervereinswirtschaft, dann habe das Bruck nötig. Es sind also neue Enthüllungen zu erwarten, die sich diesmal gegen den Herrn Abgeordneten Bruck wenden sollen in seiner Eigenschaft als früherer, langjähriger Vorsitzender des Gewervereins. Vielleicht bekommt dadurch die Arbeiterkammer einige Einblicke in die Geheimnisse der christlich-nationalen Zentrums-Gewervereine.

### Politische Uebersicht.

**Der Prinz und die Kilometerreißer.** Man hat sich in neuerer Zeit an recht bemerkenswerte Leistungen preussischer Prinzen an rechnerischem und auch auf anderem Gebiete gewöhnen müssen. Was sich aber der Bruder des Kaisers, Prinz Heinrich, anlässlich der Eröffnung der Berliner Automobil-Ausstellung als Führer geleistet hat, stellt die Geduld des deutschen Publikums doch auf eine sehr harte Probe. Der Prinz gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die nicht Automobil fahrenden „breiten Massen der Bevölkerung“ keine Empathie für seinen Sport haben und fuhr dann wörtlich fort:

Es liegt mir, wie Ihnen bekannt sein dürfte, zum Teil an den sogenannten weißen Häutchen, den weißen Chaschiren, vor denen nicht genug gewarnt werden kann; es liegt dies zum Teil aber auch, meine Herren, an meiner lieben Tagespresse, die mit einzelnen zufälligen Ausnahmen es sich nicht nehmen läßt, ihren Lesern beim Morgenkaffee die entsetzlichen Unfälle zu bringen, fette gedruckte Statistiken und bezugslose mehr. Ich höre mit Interesse, daß auch hierin eine Verändingung wird stattfinden können.

Die bürgerliche Tagespresse hat, soweit wir sehen, es unterlassen, gegen diesen prinzipiellen Angriff in Wahrung berechtigter Interessen Stellung zu nehmen. Es ist selbstverständlich, daß wir für unseren Teil die Zuzustimmung des Prinzen, wir sollten unter größlicher Verletzung unserer Pflichten die entsetzlichen Unglücksfälle verzeichnen und auf die Wiedergabe der amtlichen Statistiken verzichten (3000 Tote und Verwundete in einem Jahr!) mit jenem Maße von Achtung zurückweisen, das einer solchen Auffassung von der Pflicht der Tagespresse gebührt.

Aber die Sache kommt noch viel toller! Nachdem sich der Prinz für das freundliche Entgegenkommen der Regierung bei dem Herrn Minister, „der hier neben mir ist“, bedankt hatte, weil sie es ihm ermöglicht hatte, für das nächste Jahr wieder eine der berühmtesten „Lorenzfahrten“ auszuschreiben, fuhr er wörtlich fort:

Herrn, meine Herren, hat über den Automobilfahren ein Dommelshwert geschwebt in Orkelt des so viel besprochenen Automobilhaftpflichtgesetzes. Ich bin in der glücklichen Lage, sagen zu können, daß mit diesem Gesetz mit voller Ruhe und Zuversicht entgegenzusehen können.

„Ja diesem Sinne“, schloß dann der mächtige Redner mit einem Hoch auf seinen Bruder, den Kaiser, „unseren allerhöchsten Protektor“. In diesem Sinne wird aber nicht einmal der monarchisch gesinnte Teil der Bevölkerung, zumal der Landbevölkerung, in das Kaiserhoch mit einstimmen wollen. Wie kommt der „Prinz“ dazu, Mitteilungen über den Stand der Gesetzgebung machen zu können? Ist er etwa geheimnisvoll Schenker des Blods? Wie kann er verlangen, daß ein Gesetz, das zum Schutze der von arbeitskräftigen Niederfahrern an Leben und Gesundheit bedrohten Bevölkerung geschaffen werden soll, so anmaßend werde, daß es — wie er sich ausdrückte — „beiden Teilen gerecht wird“, so „gerecht“, daß wir ihm mit voller Ruhe und Zuversicht entgegenzusehen können?

Mit dieser Rede hat der Prinz seiner Familie und seinem Sport sicher keinen Dienst erwiesen.

Zur Beratung des Vereinsgesetzes wird uns, aus dem Reichstag geschrieben: Der Reichstag beschloß am Montag mit seiner Vorlage, die nach Wilhows Zeugnis besonders deutliche Merkmale der Abstammung von dem weltlichen, b. h. liberalen, Teile der Pärungsehe tragen soll. Wilhows war nicht selbst erschienen, sondern überließ die Aufgabe, das ministerialen Kund aus der Taufe zu heben, der künftigen Kammerberednerschaft seines Weimarer-Kollegen. Herr von Weimarer-Kollege versteht es, Kollereist in Wendungen zu fassen, die Goethe in seiner aller spätesten Weimarerperiode unter Umständen auch mit hätte brauchen können. Fast noch mehr als Wilhows ist Weimarer-Kollege der Staatsmann der Nothverlebe, der unübertroffene Verwischer aller Gegensätze, der unerreichte Meister des Werns und des Werns. — Was bei der Einbringung des Gesetzes inhaltlich gefagt werden würde, wußte man im Voraus. Es heißt für die Regierung, der öffentlichen Meinung Vorklaren: die paar Kongresskinder, die man nicht sowohl dem Liberalismus, als der Nothwendigkeit gemacht hat, als eine gewaltige Erregung der Weimarerpolitik einzureden und durch ein paar Floskeln annehmbar zu machen. — Der erste Redner aus dem Hause war der berühmte Krollodijäger Dietrich, der die Klasse besser handhabt als das Geschmack an Mäuschendichtungen beigebracht zu haben. Er sprach nämlich von der konservativen Schwärmerlei für Vereins- und Versammlungsrecht. Außerdem schalt er auf die sozialdemokratischen Jugendorganisationen. Die Bestimmungen gegen die Wunderkinder, die die Regierungen nassen Auges aus dem Entwurf gestrichen haben, scheinen von den Konservativen wieder herbeigebracht werden zu sollen. Auf Dietrich folgte der Zentrumsabgeordnete Trimbörn, der mit seiner hohen Diszipliniertheit und sich zur Höhe dramatischer Pathos heraufschwang, als er den Unzug der Sozialpolitik geistete. Mit dem § 7 ist das Gesetz für das Zentrum unannehmbar. Hoffentlich auch in der dritten Lesung. Der Nationalliberale Abgeordnete Dr. Sieber ist natürlich Feuer und Flamme für die Vorlage. Er schämte sich nicht, dem Zentrum wieder einmal zum Ansehen einer demokratischen Partei zu verhelfen, indem er den Liberalismus seines Parteimanns durch begeistertes Eintreten für alle Ausnahmebestimmungen entehrte.

Den Schluß der Montagssesante bildete eine vorzügliche Rede unseres Genossen Heine. Unser Fraktionsredner hatte keine Veranlassung, die paar „Horizonte“ des Entwurfes nicht anzuerkennen. Was bedeutet es aber, daß man ein paar allzu große Schikanen entfernt hat, wenn dafür neue Schikanen eingeschaltet und im allgemeinen überhaupt alles beim alten bleibt: Schwammige Begriffsbestimmungen, unbegrenzte Vollzeitspflicht, Verwaltung und Justiz vom Schutzmannsgeiste beherrscht. Den Jüngern auf der Rechten pasten Heines Ausführungen augenscheinlich nicht und der Präsident des Dreiklassenhauses, der in breiter Selbstgefälligkeit auf der vorderen Bank der Rechten saß, führte mit der starken Stimme des starken Mannes ein Privatgespräch mit dem berühmten Ritter St. Louisens Kretz. Nach dem dröhnenden Geräusche des ostpreussigen Sozialistenäders zu schließen, scheint das Gespräch sich nicht um die heißen Küller der Nation gedreht, sondern vielmehr in einer Spähre bewegt zu haben, die man gemeinhin nach dem verstorbenen Ungarn Mikosch zu benennen pflegt. Auf alle Fälle haben die Kröcher und Kretz ihre Befähigung als Anzigenpostel wieder einmal glänzend bewährt. Genosse Heine wies den Zusammenhang des neuen Ankelegesetzes mit dem Geist politischer Unzulänglichkeiten und Kleinlichkeit nach, der in der Zeit des Reichsverbands und des Nochs zu noch unumschränkterer Herrschaft gelangt ist, als zuvor. Wie immer der Kuhhandel ausfallen wird: Das Gesetz, das herauskommen wird, ändert nichts an den Organen der Verfassungswort und politischen Intoleranz.

Die Beratung des Vereinsgesetzes wird morgen fortgesetzt; zunächst wird der Abg. Dr. Müller-Reiningen der freimüthigen Cieranz um das goldene Kalb des Nochs aufhören.

„Dies Kind, kein Engel ist so rein“. Nach dieser Melodie erklang im Reichstag nach jedem sozialdemokratischen Angriff die Verteidigung eines schimmernden Grenzlandes verächtlichen „alten Kollanten“, des Hauptmanns Dominil. Jrit erfährt das „P. T.“, daß gegen diesen Hauptmann Dominil das Disziplinär-Verfahren eingeleitet worden ist. Gleichzeitig soll ein seitens des Reichstagssozialdemokrat gegen 3 Genossen in Gotha anhängig gemachtes Strafverfahren wegen Verleumdung bis nach Erledigung des wider Hauptmann Dominil schwebenden Disziplinär-Verfahrens ausgesetzt werden. Im Reichstagskolonialamt wurde bestätigt, daß gegen Hauptmann Dominil, der zur Zeit in Kamerun Nationalwert ist, ein Verfahren eingeleitet ist. Einzelheiten über dessen Anlag und die Verhandlungen selbst müßten jedoch bequemer Weise bis auf weiteres streng geheimgehalten werden. Der Krieg geht so lange vom Wasser, bis er bricht.

Wir müßten uns sehr irren, wenn nicht schon jetzt wegen dieses Hauptmanns Dominil eine Anzahl Parteigenossen im Gefängnis sitzen.

Mit der Euphorie der früheren Sondernens Feste von Puttkamer wird sich der Disziplinärhof in Leipzig als Verurteilung am 13. Januar nächsten Jahres beschließen.

Die Unterwerfung der Flottenliberalen. Die Budgetkommission des Reichstages begann ihre Tätigkeit mit der Beratung des Flottengesetzes. Die Stimmung der Partei mit Ausnahme der Sozialdemokraten ist, wie der amtliche Bericht mittelst, „durchweg eine gütliche“. Die wirtschaftliche Vertagung will ihre endgültige Stellungnahme von der Erledigung der Deputationsfrage abhängig machen. In der Diskussion wurde namentlich Wiemer (Freil. Vot.), das seine Parteifreunde durch die technischen Darlegungen des Staatssekretärs „durchaus bestreift“ seien. — Nach Wilhows Theater muß Wiemer von allem, was dieser tat, „durchaus bestreift“ sein.

Der Nachtragetat von 400,000 Mark zugunsten des Grafen Hoppelin ist am Montag dem Reichstage zugegangen.

Wom preussischen „Vereinsrecht“. Die Parteigenossen von Sachsen-Land belästigen sich dieser Tage im sozialdemokratischen Verein mit der Wahlrechtsfrage. Die Verlesung war infolge des Verurteilungsbeschlusses derart jährlieh bestrift, daß man aus dem Heinen in den großen Saal des Versammlungshauses übersiedeln mußte. Der überwachende Polizeikommissar wollte das nicht dulden, weil der große Saal nicht genügend — geheim ist. Ferner verlangte er, daß künftig bei der Versammlungsanwendung nicht nur das Versammlungshaus, sondern auch angeregt werde, ob sie im großen oder im kleinen Saale stattfinden werde. Endlich forderte er die Entfernung der Kränze aus dem Saale, und er sollte im Eingangsflur mit der Aufschrift: Die Wähler wollen er als „Stimmen“ für die Frauen nicht gelten lassen, und so wollten die jährlieh erschienenen weiblichen Wähler den Saal verlassen. Sie setzten sich in den Nebenraum, wo sie die Reden hören konnten. Sobald eine Frau es wagte, sich am Orkus zu beteiligen, nötigte der Polizeikommissar den Festsetzenden zum „Entschreiten“.

Ueberlieferung an Freisinnige. Der Serier der frei-sinnigen Partei, Abgeordneter Albert Traeger ist zum

Wahlkreis Justizrat ernannt worden. Traeger, der am 12. Juni d. J. sein 77. Lebensjahr vollendet hat, ist seit 1874 Mitglied des Reichstages und seit 1879 preussischer Landtagsabgeordneter. — Dem früheren nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Reichs-anwalt Blumenthal in Kolmar i. G. ist der Charakter als kaiserlicher Justizrat verliehen worden. — Sollten der alte Volksmann und der libidinale Demokrat auf solche Stellen etwas geben?

Der Abg. Sell hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er bekannt gibt, daß er „an nichts weniger denke, als sein Mandat niederzulegen“. — Ein über Heine.

Nur immer hübsch beschreiben. Ihre Wünsche zur nächsten Wahlrechtsvorlage haben die „nationalsozialistischen“ Arbeiter Sachens am Sonntag durch eine Adresse dem Staatsminister Grafen Hohenthal kund getan. Die Arbeiter fordern für Sachsen den Wahlmodus, welcher demjenigen der Reichstagswahl in Belgien nahe kommt. Der Minister gab die Zusicherung, daß er diese Wünsche prüfen und nach Möglichkeit unterstützen werde. — „Wahlrecht nahe kommt“ ist sehr bezeichnend. Haben die nationalsozialistischen Arbeiter schon einmal gefordert, daß die „nationalsozialistischen“ Arbeiter und Kapitulanten ebenso beschreiben sind? Die haltens mit dem Grundsatze: je unverständlicher, desto besser.

Gegen die Verprechtung des Vereinsrechtes. Die Landeskonferenz der christlichen Gewerkschaften Württembergs nahm eine Resolution an, indem sie gegen die Verflechtung des Württembergischen Vereins- und Versammlungsrechtes Stellung nahm und gegen die Liebertragung der ständischen Verhältnisse an andere Bundesstaaten auf Württemberg protestiert. Auch die Vertretung der württembergischen Sozialdemokratie und der vereinigten Gewerkschaften protestierten gegen den erneuerten politischen Rückschritt, der in dem Entwurf für das württembergische Volk liegt und fordert zum Kampfe gegen die in dem Entwurf angeführten Bestimmungen.

Die Schwierigkeiten der Wollensbergwahrung sind noch nicht überwunden. Die am Dienstag abend abgehaltene Sitzung der Kommission des Abgeordnetenhauses zur Beratung der Wollensbergwahrung ist bis nach Weichachtern vertagt worden, weil die Regierung ihre weiteren Erwägungen Zeit benötigt. — Das Klasseninteresse der Junker schreit vor dem Anfang der Erwägungen grollt.

Wechsel im Reichsbankpräsidium. Die „Nordb. Allg.“ meldet: Der Präsident des Reichsbankpräsidiums, Wilhelm Meißner, hat mit Rücksicht auf sein hohes Lebensalter um seine demnächstige Entlassung gebeten. Wie wir hören, ist im Bundesrat als sein Nachfolger der Präsident der Seehandlung, Hagenstein, in Vorschlag gebracht worden.

Keine Deffentlichkeit im Harden-Prozess. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist es sehr wahrscheinlich, daß für die ganze Dauer des am 16. Dezember beginnenden Hardenprozesses die Deffentlichkeit ausgeschlossen werden wird. — Klingt sehr glaubhaft.

Vom deutschen Flottenverein erhalten wir folgende Mitteilung: In einem Artikel in Nr. 276 Ihres Blattes, in dem Sie darauf hinweisen, daß ein von dem Kontor-Nominal Bildemann herausgegebener Flotten-Kalender anstößige Anreden enthält, machen Sie dafür den Flottenverein verantwortlich, wie die Ueberschrift des Artikels „Der Flottenverein und seine saubere Kinderlektüre“ ergibt.

Demgegenüber erkläre ich, daß jene Inserate nicht in dem vom Deutschen Flottenverein herausgegebenen „Kalender des Deutschen Flottenvereins“, sondern in einem im Verlage von Wilhelm Köhler in Weidach, Westf., erscheinenden „Allgemeinen Flottenkalender“ sich befinden, zu dem der Deutsche Flottenverein in keiner wie immer gearteten Beziehung steht. — Soweit sich unsere Kritik auch auf den Flottenverein erstreckt, ist sie also hinfällig.

Sicherung des Wahlscheimmisses und andere Zentrumsanträge. Zum Etat hat das Zentrum im Reichstag eine Anzahl Resolutionen eingebracht. Sie fordern u. a. ein Gesetz zum Schutze des Wahlscheimmisses (durch Androhung von Kriminalstrafen für Wahlverfehrer, die das Wahlscheimmis vorzüglich verletzen und durch Bestimmungen über Wahlurne und Stimmzettel, reichsgesetzliche Regelung des Verzeichnisses und des Anknüpfungsweises, Bauarbeiter-Vereine, Bauarbeiterkontrollen unter Zuzugung von gewählten Vertretern der Arbeiter, Sicherung des Koalitionsrechtes-Gesetzes, betreffend die Privatbeamten usw.

### Ausland.

Preußen in Frankreich voran! In den letzten zehn Jahren hatte sich in Frankreich ein System politischer Zensur eingebürgert, das zwar nicht gesetzlich festgelegt, aber allerdings anerkannt worden war. Das war so weit gegangen, daß man in gewissen Gewerkschaften, so auch in öffentlichen Diensten lebende Berufsleute organisiert sind, zu leitenden Personen vorzüglich solche wählte, die im Staats- und Gemeinbedienst standen, da diese am wenigsten eine Mischregelung zu befürchten hatten. Die parlamentarische Herrschaft setzte der Willkür der Vorgesetzten die nötigen Schranken. Sozialdemokraten und Gewerkschaftler gibt es nicht nur in allen französischen und gemeindlichen Betrieben und Verwaltungen, sie sind selbst in den Ministerien keine Seltenheit. Mir meinen natürlich nicht „sozialistische“ Minister, sondern Ministerialbeamte. Um nur ein Beispiel herbeizubringen, erinnern wir daran, daß einer unserer Propagandisten der Genosse Marene Kothke, Kabinettschef des Kriegsministers Vertaus war, — obwohl er sich schon vorher jahrelang als Genosse betätigt hatte und Delegierter auf sozialistischen Kongressen gewesen war.

Damit scheint es nun vorbei zu sein. Daß es so geworden ist, daran trägt vor allem die veränderte parlamentarische Situation schuld. Während der beiden Legislaturperioden 1898 bis 1902 und 1902 bis 1906 war die Mehrheit der bürgerlichen Wahlen eine schwankende gewesen und jede Regierung mußte besorgt sein, die Sozialisten nicht zu sehr zu verletzen, da sie nie wissen konnte, ob sie deren Stimmen nicht brauchen werde. Willkürakte, Maßregelungen von Genossen, die sich in der Ausübung ihrer Parteipflichten herborgehen hatten und dadurch gewissen lokalen Machtverhältnissen uneben geworden waren, waren auch in Frankreich zu allen Zeiten vorgekommen. Eine vollkommene, in Fleisch und Blut übergegangene demokratische Toleranz hat es in Frankreich nie gegeben. Sie war immer nur eine erzwungene, künstliche, und immer nur von kurzer Dauer, der stets eine desto schärfere Reaktion gefolgt war. Frankreich ist eben ein kleinbürgerliches Land.

Aber diese Maßregelungen und Willkürakte waren bald wieder repariert und ein solcher Gemischter fiel nicht selten die Treppe hinauf — ganz wie ein preussischer Landrat. Man könnte sagen, daß in Frankreich die Demokratie herrschte, vermischt mit parlamentarischer Güntlingswirtschaft. Jetzt ist es gründlich anders geworden. Die Maßregelungen und Willkürakte häufen sich, sie werden aber nicht wieder gut gemacht. Warum auch? Die Radikalen brauchen die Unterstützung der Sozialisten nicht mehr und ihr lang zurückgedämmter Haß gegen den Sozialismus bricht sich nun schrankenlos Bahn. Wozu sollen sie sich da gegenüber Leuten generen, die in „ihren“ Diensten stehen und ihre erklärten Gegner sind?

Damit aber nicht genug, hat der wacker Herr Clementau sich an Preußen ein Beispiel genommen und ein „Lizenzsystem“ eingeführt, wie es kaum noch von dem neuen preussischen Verammlungsgeheimtätigen überboten werden kann. Er hat die Ueberwachungsberichterstattung der öffentlichen Versammlungen, in denen durch Reden „Delikte“ begangen werden können, angeordnet — durch Geheimpolitik ist es natürlich, da andere sich gefast machen müßten, an die Luft gefast zu werden. Er hat ein „Lizenzsystem“ eingeführt, das alle, die „antimilitaristische“ Propaganda treiben, unter Polizeikontralle stellt, ganz wie irgend einen Justizhüter oder eine Prostituierte. Man verfolgt unsere Genossen bis in die Arbeitsstelle, ganz nach preussischem Muster. Einer unserer Genossen, der in einem Reforminstitut als Arbeiter angestellt war, wurde dieser Tage plötzlich entlassen. Auf sein Befragen nach der Ursache seiner Entlassung, erwiderte ihm der Wächter, daß die

Verwaltung von einem Polizeinspektor darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß er antisklavistische Ideen habe und daß er, der Polizeinspektor, über ihn zu wachen habe. In Frankreich herrscht heute die Polizeiwirtschaft, verschärft durch politische Negativität.

**Die Gärung im Zululande.** Den in den letzten Tagen aus Südafrika eingetroffenen Nachrichten ist zu entnehmen, daß es unter den Zululändern gärt. Die im vorigen Jahre unternommene Expedition der Natalregierung hat trotz aller Vortrefflichkeiten keinen Erfolg gehabt.

Die unmittelbare Ursache der Gärung ist die den Zululändern auferlegte Kopfsteuer, die zu zahlen sie sich weigern. Diese Steuer ist zwar allgemein, aber sie trifft die selbständigen Zululänder am meisten, weil diese noch in ulomunulischen Verbänden leben, also keine Geldwirtschaft treiben und deshalb nicht imstande sind, die Geldsteuer zu entrichten, außer wenn sie sich bei den Weißen als Diener und Profiteure verhalten.

Die moderne Steuerpolitik, die in kapitalistischen Ländern nur die Arbeiterklasse erschwert, wirt auf diese Stammesorganisationen wie ein zerlesenes Gift: sie ist das wirksamste, friedliche Mittel, die Eingeborenen zu proletarisieren, ihnen Gemeinland zu nehmen und sie selbst zu Lohnarbeitern zu machen. Gegen dieses Schicksal wehren sich die Zululänder mit ihren primitiven Waffen und Kampfmethoden. Ueber das Ergebnis dieses Kampfes kann natürlich kein Zweifel aufkommen: Die blinde, heutenierliche Bestie wird obliegen. Schon bieten alle südafrikanischen Kolonien den Natalern Unterstützung an: Portulane und Geschütze, und sie verlangen auch die Hilfe der britischen Garnisonen gegen die schwarze Gefahr.

Würde das englische Parlament tagen, so könnten die Arbeiter Abgeordneten die öffentliche Meinung anführen und im Namen der Menschlichkeit eine gerechtere Behandlung der Eingeborenen verlangen. Es sind aber gerade Parlamentsferien, sodaß die parlamentarische Tribüne nicht benutzt werden kann, und die englische Sozialdemokratie hat ja leider auch noch keine täglich erscheinende Arbeiterpresse, mit deren Hilfe sie sich der Sache des unterdrückten Stammes annehmen könnte.

**Die Polizei macht sich wieder „wichtig.“** Der „Morning Leader“ berichtet aus Lissabon über einen „neuen Bombenbrand“. Als die Richtung der neuen Bomben in San Carlos fast vollständig war, fand man zwei Bomben in der Nähe des Hofes verstreut. Es handelte sich um die Bomben, die bei der feierlichen Eröffnung des Opernhauses durch den König von Portugal am 18. Dezember ein Attentat auf diesen zu verüben. Die beiden Bomben waren durch elektrische Drähte mit einer elektrischen Batterie hinter der Bühne verbunden und zwar auf sehr geschickte Art und Weise, so daß nur jemand mit ausgezeichneten technischen Kenntnissen die Anlage anbringen konnte. Diese Entdeckung wurde durch einen anonymen Brief herbeigeführt. In diesem Briefe wurde einer der Architekten des Gebäudes benannt. Die Polizei umzingelte dessen Wohnung; er erschickte sich aber, bevor seine Verhaftung erfolgen konnte. Die Polizei hat mehrere Verhaftungen in Zusammenhang mit dieser Affäre vorgenommen.

Es ist ganz natürlich, daß die Polizei diesen grausigen Kundentat bestaunt hat. Hat sie doch die Bomben selber hingeworfen. Sie hat doch Routine in diesen Dingen.

**Ein heftiger Angriff gegen den Tabak-Ertrag.** Der „Standard“ meldet aus New York, daß hunderttausend maskierte Reiter einen Angriff auf die Stadt Hopkinton im Staate Kentucky bei Nacht ausübten. Es handelt sich um einen Protest der Tabakpflanzer gegen die Geschäftsmethoden des Tabakstrunks, der große Lagerhäuser in Hopkinton unterhielt. Die Reiter drangen kurz nach Mitternacht in die Stadt und überfielen zunächst das Polizeiamt. Sämtliche Polizisten wurden gebunden und eingesperrt. Darauf eröffneten die Reiter die Feuerbestrafung und den Bahnhof an. Das Postamt wurde besetzt, um die Telegraphenlinien nach außerhalb zu kontrollieren und auch die Telefonzentrale. Daraufhin verbrannten die Reiter drei große Lagerhäuser des Tabakstrunks und vier anderen Gebäude des Dorfes. Der Direktor des Trunks in Hopkinton, Mead, wurde erschlagen. Ein anderer Einwohner der Stadt, der sich zur Wehr setzte, wurde erschossen. Mehrere Einwohner wurden schwer mißhandelt. — Gibt amerikanische Selbsthilfe!

### Kleine Auslandsnachrichten.

Die Wiedereinführung der Sonnenstrahlung und der damit verbundenen Schließung der Theater, Konzerte usw. gab in New York Anlass zu heftigen Protestkundgebungen von einem großen Teil der Bevölkerung. — Der Papst hat den neuen französischen Kardinal mitgeteilt, daß sie den üblichen Betrag von 50,000 Francs Speise, welche mit der Ernennung zum Kardinal verbunden war, nicht zu zahlen brauchen. — Der schweizerische Bundesrat hat bei der Bundesversammlung beantragt, das Inkassobehalten, betreffend das Verbot von Absinth, der Abstammung des Volkes und der Stände zu unterbreiten und die Verwerfung des Begehrens zu empfehlen. Ferner beantragt der Bundesrat bei der Bundesversammlung die Ermächtigung zur Einführung dreier neuer Telegramme. — Der Sultan hat, wie türkische Blätter melden, eine Trabe erlassen zum Bau einer dreigleisigen, 20 Kilometer langen Bahn von Mekka auf den von Pilgern viel besuchten Berg Ara fat. — Die perische Regierung hat die Entschädigungs-Ansprüche für die Ermordung des Deutschen Damman formell anerkannt und versprochen, 12,000 Mark in einem Monat, den Rest von 48,000 Mark nach drei Monaten zu zahlen.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. Dezember 1907.

**† Tödlicher Unfall.** Ein 52 Jahre alter Necht aus Leichen, Kreis Oels, stürzte am 2. d. M. auf der Dorfstraße von der Wagendiehl, als die Pferde scheu wurden und wurde eine weitere Strecke geschleift, wobei er einen schweren Schädelbruch erlitt. Der Verunglückte wurde dem hiesigen Krankenhaus der Barmherzigen Brüder zugeführt, woselbst er am 8. Dezember verstorben ist.

**† Der Strick.** Am 9. d. M., Abends, erhängte sich eine Sänderin in ihrer Wohnung auf der Wälschstraße, nachdem sie sämtliche Türen verschlossen hatte, an einem in der Decke angebrachten Lampenhasen. Die Entfesselung wurde durch eine Verwandte aufgefunden, nachdem sie die Türen durch einen Schloffer hatte öffnen lassen. Die Leiche verblieb in der Wohnung.

**† Einbruch.** Am 8. d. M. wurde ein Einbruch in einem Wädeladen auf der Rheingasse verübt. Der Dieb sprengte die Ladenläufe und erwiderte 27 Mark. — Ferner wurde in ein Warengeschäft auf der Fischerstraße unter Anwendung eines Nachschlüssels ein Einbruch verübt. Gestohlen wurden 7 Siegelringe, 2 goldene Damenuhren, 1 silberne Damenuhre und 1 silbernes Armband.

**† Diebstahl.** Einem Monteur wurde auf der Bohrerstraße ein Fahrrad, Marke „Wartburg“, gestohlen. — Einem Kochwärtnerin von der Hirschstraße wurde nachts eine silberne Uhr, Nr. 136,298, entwendet. — Einem Arbeiter aus Niedersdorf bei Berlin wurde in einem hiesigen Café, woselbst er eingeschlafen war, eine Taschenuhr im Werte von 200 Mk. und ein Portemonnaie mit 8 Mk. entwendet.

**† In Haft genommen** wurde ein Brauerlehrling, der in einer Herberge einem Arbeiter ein Portemonnaie mit 15 Mark entwendet hatte. — Ferner wurde ein Dienstmädchen verhaftet, welches aus einer Wohnung auf der Viktoriastraße einen Hundertmarkschein gestohlen hatte.

**† Gefunden** wurden: ein Schildbuckel, eine schwarze Keltaba, eine blaue Herbedede, ein rotbraunes Handtäschchen, ein Paket, enthaltend Bücher und ein Portemonnaie mit 50,60 Mark Inhalt.

† Abhanden kamen: ein schwarzer Pelzkragen, ein Gummi Schuh, ein Luftkissen und ein Portemonnaie mit circa 50 Mark Inhalt.

### Versammlungen und Vereine.

**\* Achtung, Wähler, Mitglieder der Begräbnis-Kasse!** Sonntag, den 15. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, findet in Heiders Brauerei (Zug. Henschel), Herrenstraße 19, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, wozu sämtliche Mitglieder dieser Kasse ersucht werden, zu erscheinen, da deren Auflösung auf der Tagesordnung steht.

**\* Verband der Freizeithelfer Deutschlands.** Achtung, Kollegen! Heute Dienstag, den 10. Dezember, Abends 9 1/2 Uhr, findet im Glassalon des Pariser Gartens eine öffentliche Versammlung statt, zu der alle Gehilfen dringend eingeladen sind. — Den Vorstandsmitgliedern und Bezirksführern des Zweigvereins zur Kenntnisnahme, daß Mittwoch eine Sitzung stattfindet. Der Zweigvereins-Funktionär.

### Theater, Konzerte und Vergnügungen.

**\* Stadt-Theater.** Offenbachs Oper „Hoffmanns Erzählungen“ wird Dienstag mit Frau Berthel und den Herren Stewert zur Aufführung gebracht. Mittwoch findet eine Wiederholung von Wilhelm Buschs eskolareichen Schauspiel „Die Raben-Feierin“ statt. Fräulein Sauter spielt die Titelrolle, Herr Wolfram den jungen Belfer. Donnerstag gastiert Fräulein Eva von der Offen als „Mignon“. Freitag gelangt Humperdincks Märchenoper „Hänsel und Gretel“ zur Aufführung. Dazu wird Offenbachs Operette „Die Verlobung bei der Later“ gegeben. Als Hänsel legt Fräulein von der Offen ihr Gastspiel vor. Sonnabend singt Fräulein von der Offen das Nennchen in Weber's „Der Freischütz“. In Vorbereitung befindet sich Eugen d'Alberts Oper „Liedland“.

**\* Lobe-Theater.** Dienstag, findet die dritte Aufführung von Hermann Sudermanns mit großem Beifall aufgenommenem Einakter „Rosen“ („Mango“, „Der letzte Besuch“, „Die ferne Prinzessin“) statt. Mittwoch geht das pitante Baudenstück „Die man Männer fest“ in Szene. Donnerstag wird Lehars Operette „Der Rakelbinde“ gegeben. Freitag geht Lehars Operette „Die letzte Witwe“ in Szene. Sonnabend findet eine Wiederholung von Sidney Jones' beliebter Operette „Die Geisha“ statt.

**\* Thalia-Theater.** Als zweite Volksvorstellung der laufenden Reihe wird Walter Florens Drama „Der Jubiläumskranz“ am Donnerstag für Gruppe E, Freitag für Gruppe F gegeben. In der Abendhalle Billermarkt.

Heute Dienstag geht als Abonnementsvorstellung für Mitglieder des Humboldtvereins (gelbe Karten) „Der Jubiläumskranz“ in Szene. In der Abendhalle Billermarkt.

**\* Schauspielhaus.** Suppés melodische Operette „Das Modell“, deren Duette und Couplets am Sonntag von einem nicht gefüllten Hause mehrfach da capo begehrt wurden, gelang, Dienstag und Mittwoch zur Aufführung. Donnerstag findet die Premiere von Henry Bernsteins „Der Dieb“ statt, dem Luststück des „Neuen Theaters“ in Berlin. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Tesloff und Ernst und der Herren Bernau, Landa, Weber, Feiner. Am Sonnabend findet eine Wiederholung dieses Stückes statt, während am Freitag zu ermäßigten Preisen als fünfte Volksvorstellung „Der Eigenerbaron“ in Szene geht.

**\* Victoria-Theater.** Der Entscheidungsschritt zwischen dem Kalkofaten Vvaatschew und John Bohl (Abs II) mußte am Sonnabend wegen Uebereinstimmung der Polizeistunde abgebrochen werden. Keiner der beiden Ringer konnte bisher einen erheblichen Vorteil über den andern erlangen. Der Kofal ist an Kraft unbedingt überlegen und behauptet sich überwiegend im Angriff. Bohl befißt neben seiner eminenten Technik eine fabelhafte Ausdauer und vermaa niemand zu lagern, wie die Entscheidung ausfallen wird, die nun heute Abend unbedingt herbeigeführt werden soll. Bohl und Kalkofaten ringen als erstes Paar und zwar nimmt der Kampf infolge Kürzung des Spezialisten-Teils schon um 1/2 Uhr seinen Anfang. Falls es die Zeit erlauben sollte, ringen noch der französische Kolos Daumas gegen den brillanten Schwitzki und der Steirer Molbi gegen den deutschen Meisterlinger Streng. Die Laufende, die am Sonnabend vergeblich Einlaß begehrt, werden sich dieses Mal jedenfalls rechtzeitig nach Biletts umsehen.

### Neueste Nachrichten.

#### Selbstbeschäftigung für Gefangene.

Berlin, 10. Dezember. (S. L. B.) Im Reichstage ist vom Zentrum zur zweiten Lesung des Reichs-Justizgesetz eine Resolution eingebracht worden, in der der Reichskanzler ersucht wird, im Reichstage einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der den Untersuchungs- und Gefangenen, wie den zu Gefängnisstrafen Verurteilten, die nach dem Urteil zu treffenden Bestimmungen nicht wegen ehrlöser Gefangenschaft verurteilt wurden, zu gestatten, sich während der Untersuchungs- oder der Verbüßung der Gefängnisstrafe selbst zu beschäftigen und in einer ihrer Bildung entsprechenden Weise zu beschäftigen. — Offenlich nicht nur diejenigen, die viel bezahlen können.

#### Ein schnuriges Verfahren.

Berlin, 9. Dezember. Der Nationalökonom Prof. Garmis in Jena ist vom Generatrat der Deutschen Gewerkschaften aufgefordert worden, ein neues Programm für sie anzuarbeiten.

Sonderbar! Keinen die Hirsch-Duncker'schen ihre Grundsätze und Forderungen nicht selbst? Brauchen sie zu ihrer Befestigung einen Feind?

#### Secken-Theater.

Berlin, 10. Dezember. (S. L. B.) Für Maximilian Harden wird von seinen Freunden eine Fundgebung geplant. Für die Ueberreichung einer Adresse werden bereits Unterschriften gesammelt.

#### Drei Reiter gefallen.

Berlin, 10. Dezember. (S. L. B.) Aus Wilmshut wird gemeldet: Vor einigen Tagen sind bei Powise Kofal östlich von Gochas bei einem Aufführungstakt gegen Simon Köpper drei deutsche Reiter gefallen. Es handelt sich anscheinend um Reiter, die den Ueberfall ausführten, es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß die Reite von der Bande Köppers gehören. — Und wie paar Reite können uns noch solch empfindliche Verluste beibringen?

#### Flottenvereinstreck.

München, 10. Dezember. (S. L. B.) Prinz Rupprecht von Bayern hat wegen der Wahl des Generals Reim zum Vorsitzenden des Deutschen Flottenvereins das Protektorat über den bayerischen Landesverband niedergelegt.

#### Rebellische Bayern.

Rom, 10. Dezember. (S. L. B.) In Vetrullo bei Rom kam es gestern zu Bauernunruhen. 500 Bayern, die in einer Versammlung gegen die Einführung neuer Steuern protestierten, zogen vor das Rathaus und verbrannten es in Brand zu stellen. Die Carabinieri, die sich in der Minderzahl befanden, zogen sich ins das Rathaus zurück. Die Menge begann ein wildes Bombardement auf das Rathaus. Nach dem Eintreffen von militärischer Verstärkung gelang es, die Belagerten aus der gefährlichen Lage zu befreien.

#### Ermitierung von 50.000 Neapolitanern.

Rom, 9. Dezember. In Neapel sollen 4800 Familien der ärmsten Bevölkerung, die seit fünf Monaten keine Miete zahlen, ermittelt werden. Um einen etwaigen Widerstand der erregten Leute zu verhindern, sollen laut „Popolo Romano“ außer der Garnison noch 10.000 Mann Truppen, Carabinieri, in Neapel an-

gesamengezogen werden. Die Mieter sollen durch Verweigerung der Zahlung des Miets gegen die Mietsbesitzer in die Sanierungsgesellschaft, die Verleiher der betreffenden Häuser in die Verleiher. Es handelt sich um etwa 50.000 Personen, die auf die Straße geworfen werden sollen. (S. L. B.)

#### Die Seeraubereien und Unruhen in China.

Ehanghat, 9. Dezember. China hat bei der Forderung nach einem britische Kanonenboote auf dem Westküste Pazifikdienst tun, um daselbst den Seeraubereien ein Ende zu machen. Die Aufregung der Bevölkerung in Canton und in der Provinz Kwantung über dieses Abkommen ist außerordentlich stark. Die Nachgiebigkeit des Wainwun (Auswärtige Amt) der englischer Forderungen gegenüber erregt bei den Chinesen großen Unwillen und trägt wesentlich zur Stärkung der antidymanischen Bewegung in China bei.

Hongkong, 9. Dezember. Die Anwesenheit von zehn englischen Kanonenbooten auf dem Westküste der Unter- und Oberküste des Pazifikdienstes gab Anlass zu einer in Canton abgehaltenen chinesischen Massen-Protestversammlung. Es wurde beschlossen, das Verhalten der Kanonenboote zu überwachen und etwaige Gewalttaten zur Kenntnis der chinesischen Regierung zu bringen.

Ehanghat, 9. Dezember. Die Aufständischen in der Provinz Kwantung haben mehrere Erfolge erzielt und den Tschingnanpag an der Grenze von Tsungking besetzt, der im französisch-chinesischen Kriege 1884 eine große Rolle gespielt hat. Die Bewegung trägt einen ausgedehnten antidymanischen Charakter. Die Aufständischen sind reichlich mit Waffen und Munition versehen, die von Tsungking geschmuggelt werden. Das Wainwun erbittet die Unterstützung der Franzosen zum Zwecke der Unterbindung weiterer Waffenzufuhr. Der Generalgouverneur von Canton hat befohlen, sofort alle Streitkräfte aufzubieten, um den Ausbruch niederzuschlagen. (Schief. Fig.)

Berlin, 10. Dezember. (S. L. B.) Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages hielt gestern Abend eine kurze Sitzung ab, in der sie die Genehmigung zur Einleitung eines Privatklagenverfahrens gegen den Abgeordneten Schwabach (natl.) verweigerte, dagegen dem Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung der Abgeordneten Pfeiffer (Zentr.) und Deller (deutsche Volksp.) stattgab. Bei Pfeiffer handelt es sich bekanntlich um die Affäre mit dem jungen Kaufmannsohn in Bamberg, dem er nach Verübung von Verbrechen aus Flucht verholten haben soll. Deller soll in einem Konkursverfahren gegen seinen Bruder einen Fallbeleg geleistet haben.

Berlin, 10. Dezember. (S. L. B.) Die konservativ-fraktion des Abgeordnetenhauses hielt gestern in Sachen der Polenfrage eine Fraktionsführung ab. Milderungen zufolge haben die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Konservativen zu einem befriedigenden Abschluß geführt. Die für heute angelegte Sitzung der Osmarkommission des Abgeordnetenhauses wurde auf Wunsch des Landwirtschaftsministers v. Arnim vertagt, weil seitens der Regierung noch „Erwägungen“ vorgenommen werden.

Berlin, 10. Dezember. (S. L. B.) Vor dem „Romanischen Café“ am Kurfürstendamm unternahm der Landtagsrat Karl Freitag gegen den Rentier Knopf einen Mordversuch, indem er auf ihn einen Revolverbeschuss abfeuerte. Die Kugel drang in die Brustkammer ein, blieb aber in Rittungen hängen. Freitag ist anscheinend geistesgesund.

Dortmund, 10. Dezember. (Privatmeldung.) Auf der Zeche „Neu-Jericho“ sind drei Bergleute durch herabfallende Gesteinsmassen verunglückt worden. Mit vieler Mühe gelang es, sie aus den Trümmern herbeizuholen und die Schwerverletzten ins Krankenhaus zu schaffen.

Wien, 10. Dezember. (Privatmeldung.) Eine große Anzahl Studenten drangen in die Druckerei der „Allgemein-ökonomischen Reichs-Post“ ein. Es kam zu heftigen Zusammenstößen mit dem technischen Personal, bei denen es auf beiden Seiten Verwundete gab.

Budapest, 10. Dezember. (Privatmeldung.) Zwei junge Leute, Jolai Regus und Sigbert Origo, verübten ihre Völlerei in Wien, raubten mehrere Hundert Kronen und gingen auf und davon.

Paris, 10. Dezember. (Privatmeldung.) Infolge einer Erklärung des Präsidenten Fallieres ist der für heute angelegte Ministerrat abgesetzt worden.

Paris, 10. Dezember. (S. L. B.) Wie „L'Espresso“ aus Tanger meldet, hat Mulek Hassid, der zweite Sultan, an seinen Bruder Abul Abbas, den ersten Sultan, Emiffäre geschickt mit dem Auftrag, Friedensverhandlungen einzuleiten. Wie weiter aus Rabat gemeldet wird, hat Abul Abbas den Gouverneuren der marokkanischen Hafen bringende Instruktionen geschickt, sofort die französisch-marokkanische Grenzpolizei einzuführen.

Kopenhagen, 10. Dezember. (S. L. B.) In einem vornehmen Pensionat wurde von der Kriminalpolizei ein elegant gekleideter junger Deutscher festgenommen, der die Sammelbüchsen der Kirchen gelüftet hatte.

Warschau, 10. Dezember. (S. L. B.) Infolge der in Warschau emittierten revolutionären Organisation, der unter anderem der Professor der hiesigen Universität Jessajew und der Sohn des Besitzers des hiesigen Generalgouvernements Uhoff angehören, finden hier viele Verhaftungen statt.

Petersburg, 10. Dezember. (S. L. B.) Bei dem gestrigen Dinner anlässlich des Georastfestes war der heutige Beginn des Prozesses Stössel das Hauptthema. Der Jar soll sich annehmen über Stössel geäußert (Das heißt also: Das Gericht beeinflusst. Reb.) haben, der ihn bezogen habe. Eine Reihe hoher Militärs haben durch wichtige Laitsachen nachgewiesen, daß Stössel zwei Wochen vor der Uebergabe von Port Arthur mit dem Verpacken seiner Sachen begonnen habe.

### Vereins-Kalender.

#### Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 10. Dezember: Schneider, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2. Bauanschläger, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Schäden des Alkohols. 2. Tarif-Angelegenheit. Zimmer 3 u. 4.

Mittwoch, den 11. Dezember: Arbeiter-Radsport-Verein „Vrednik“, Die Radfahrer haben der Wanderschaft-Ausstellung wegen Mittwoch, den 11. sowie den 18. Dezember, im Zimmer 3 statt.

Mauerer, Abends 7 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Saale.

#### Sozialdemokratischer Verein Breslau (Süd).

##### Süd-Distrikt 1.

Ostvi. Mittwoch, den 11. Dezember: Volksversammlung bei Herrn Kiple.

##### Süd-Distrikt 4 (Bezirk Meißendorf).

Mittwoch, den 11. Dezember, Abends 8 Uhr: Ratsabend bei Thamm.

##### Süd-Distrikt 8 (Gerbain).

Bezirk 2, 3, 4. Donnerstag, den 12. Dezember, Abends 7 1/2 Uhr: Zusammenkunft bei Klugner. Eintritt 50 Pf.

##### Süd-Distrikt 9 (Zichenau).

Dienstag Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im Saale. Eintritt 50 Pf.

Verantwortlicher Redaktor: ... Druck und Verlagsanstalt: ...



Deutscher Reichstag.

69. Sitzung. Montag, den 9. Dezember, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratslich: von Bethmann-Hollweg. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Reichsvereinsgesetzes.

Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg:

Das vorliegende Gesetz erfüllt die Aufgabe des Reichsanklers vom 26. Februar d. J. Zwei Wege gibt es für die Schaffung eines einheitlichen Reichsvereinsgesetzes. Auf der einen Seite wünscht man lediglich reichsgesetzlich die Vereins- und Versammlungsfreiheit zu garantieren, ohne eigentliche Vereins- und versammlungsgesetzliche Bestimmungen. In diesem Sinne äußerte sich neulich der Abg. David. Die Erfüllung dieses Wunsches würde heißen, den hessischen und bis zu einem gewissen Grade auch den württembergischen Zustand auf das Reich zu übertragen. ...

Ich will gegenwärtig nur die Hauptpunkte des Entwurfs kurz berühren. Abgesehen von § 74 wird der Entwurf lediglich die öffentlichen rechtlichen Verhältnisse der Vereine regeln. Er greift nicht in ihre privatrechtliche Stellung über. Die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine läßt er beiseite, ebenso die Frage des Koalitionsrechtes, um sich mit diesen schwierigen Materien keine zu drückende Last aufzuladen. § 16 erhält daher die landesgesetzlichen Vorschriften über das Koalitionsrecht.

ländlicher Arbeiter und Diensthöten

ausdrücklich ausrecht. Ob und wie ein Koalitionsrecht besteht, in welchen Formen es ausgeübt werden kann, hat begrifflich mit dem Vereinsrecht nichts zu tun. Die Notwendigkeit der Beteiligung der Frauen scheint allgemein anerkannt zu werden. Eine um so wichtigeren und ernstere Frage ist die Beteiligung der Jugendlichen an Vereinen und Versammlungen. ...

Selle wurde gelolntsch, die Bestimmung des preußischen Gesetzes, welches

Zehrlinge und Schäfer

ausschließt, zu adoptieren. Der Begriff „Zehrling“ ist aber längst nicht mehr so weit, wie damals, als das preußische Vereinsgesetz entstand. Die Uebernahme dieser preußischen Bestimmung in das Reichsgesetz würde Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten zur Folge haben. ...

Nun zu den Polizeibefugnissen. Nach langen und sorgfältigen Erwägungen haben wir nur die öffentlichen Versammlungen anmeldepflichtig gemacht, während nichtöffentliche Versammlungen, auch solche mit einer sehr großen Teilnehmerzahl nicht angemeldet zu werden brauchen, und der Ueberwachung nicht unterliegen. ...

Unterschiede für die fremdsprachliche Bevölkerung.

das nicht nur dem Gerechtigkeitsgefühl, sondern auch dem liberalen Programm entgegenstehe. (Sehr richtig! links.) Ich kann trotz dieses „sehr richtig“ meinerseits dieser Debatte nicht folgen. Deutsch ist die Sprache der Armee, des Gerichtes, deutsch ist die Geschäftssprache der Behörden, der Beamten, der Kommunen usw. ...

Abg. Dietrich (konservativ):

Wir beantragen die Verweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern. In der Uebertragung der Aufsichtsbefugnisse an den Versammlungs-Vorsitzenden erblicken wir eine Schwächung des staatlichen Autoritätsprinzips. ...

Abg. Trimbom (Zentr.):

wünscht eine 28gliedrige Kommission und gibt darauf zunächst folgende Erklärung: „Der vorliegende Gesetzentwurf ist, so lange er eine Sprachenbestimmung, wie diejenige § 7 enthält, für uns unannehmbar.“ ...

Abg. Heine (Sozialdemokrat):

Am vorliegenden Gesetz ist das Wertvollste die Begründung. In dieser ist nämlich die Vereinsgesetzgebung nicht nur der deutschen Einzelstaaten, sondern der außerdeutschen Staaten dargestellt. ...

Stadt-Theater.

„Der Evangelist“, „Verlobung bei der Laterne“. Am Montag sollte Fräulein Allen die Partie der „Martha“ in Menzels Oper singen, die Halle blieb aber noch in den Händen des Fr. Sommerfeld. So war denn nur Fräulein Reisch als „Magdalena“ in dem Rahmen der Vorstellung neu und man muß ihr das Zeugnis ausstellen, daß sie auch hier die sichere und satte Künstlerin war, als die sie sich schon so oft bewährt hat. ...

Aus aller Welt.

Nicht kapitulieren ... Ein Leser schreibt der „Vf. Ztg.“: Vor mir her gingen den Goldberg hinan zwei Männer in mittleren Jahren, dem äußeren Habitus nach der eine vielleicht ein Chemiker oder Ingenieur, der andere ein Richter oder Advokat. ...

„Vor Jurensen sagt doch: inter arma silent leges. Zwischen Polen und Deutschen herrscht Kriegszustand, also gilt Kriegsrecht.“

„Aber die Polen sind doch ebenso preußische Staatsbürger, wie wir. Mit welchem Rechte können wir deutschen Preußen den polnischen Preußen den Krieg erklären?“

„Sie erschweren uns den Ausbau unseres Nationalstaats, sie träumen von einem polnischen Reich, das nur wieder entstehen kann, wenn das Deutsche Reich zerstört ist.“

„Sie reden ja wie ein ungarischer Chauvinist. Wenn Preußen ein Nationalstaat sein wollte, hätte es die Polen nicht schließen sollen. Und träumen nicht auch die Sozialisten von einem Zukunftsstaat, der nur verwirklicht werden kann, wenn unsere Staats- und Gesellschaftsordnung umgestürzt ist? Können wir sie deshalb außerhalb des Gesetzes stellen?“

„Täte ich.“

„Gut. Und die anderen Reichsfeinde? Es war's doch schon so ziemlich jeder, das Zentrum, die Demokraten, sogar die Freisinnigen. Wollen Sie alle mit Ausnahme der Konservativen und der Nationalliberalen außerhalb des Gesetzes stellen?“

„Sie wollen mich ab absurdo führen. Soll etwa der preußische Staat vor den Polen kapitulieren? Es hat doch alles nichts genützt, was man bisher gegen sie unternahm. Nun macht man Ernst und nimmt ihnen den Boden weg, um Deutsche anzufiedeln.“

„Und wenn auch das nicht hilft? Glauben Sie ernstlich, daß man die Polen auskaufen könnte? Wie viel Millionen wären nötig, um drei Millionen Bauern auszukaufen?“

„Dann muß man sie ohne Entschädigung davonjagen. Der preußische Staat darf nicht vor seinen Feinden kapitulieren.“

„Und wo soll man sie hinfügen? Polen bleiben sie doch immer.“

„Dann muß man sie erschlagen. Der preußische Staat darf nicht kapitulieren.“

Mehr habe ich nicht vornehmen können, hatte aber auch genug. Nicht's nur gern niedriger hängen.

n. s. b. Polen.) An den Entwurf knüpfen sich hochbedeutende Erwartungen, namentlich bei den liberalen Führern. (Weiterkeit im Zentr. n. s. b. Soz.) Alles in allem möchte ich sagen, der Entwurf steht nicht äbel aus, betrachtet man ihn von Standpunkt des preußischen Vereinsrechts; er verliert aber gegenüber dem bestehenden habschen, hessischen, württembergischen Recht. In der Vorlage erkennt man an einigen Stellen einen modernen Geist, an anderen zeigt sich aber die Polizeiseele; im wesentlichen ist das der Fall bei den Bestimmungen über die Auflösung von Versammlungen, auch von solchen in privaten Räumen. Die Arbeitgeber können sehr leicht ungehindert zusammenkommen, die Arbeiter dagegen nicht. ...

„Vorwärts! hier liegen Fuhgange!“

(Weiterkeit.) Der § 7 ist eine des Kultur- und Rechtsstaates unwürdige Ausnahmestimmung. Man sagt, daß dem Staat doch nicht zugemutet werden könne, die Beamten zu halten, die bei polnischen Sprache mächtig sind. Aber die 3 bis 4 Millionen polnisch sprechender deutscher Staatsbürger können sehr wohl dieses Verlangen stellen, zumal sie nicht freiwillig unsere Mitbürger geworden, sondern angesetzt worden sind. (Sehr wahr! im Zentr., b. d. Polen und bei der Soz.) Niemals hätten ein Richter und ein Advokat dieser Degradation der Polen zu Staatsbürgern zweiter Klasse anheimel. Ein Mann, wie der Philosoph Kaufmann hatte es als unerträglich Grausamkeit bezeichnet, einem Volke seine Bunge auszureißen zu wollen. ...

Abg. Dr. Sieber (Nationalliberal):

Reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts ist eine alte liberale Forderung. Jetzt endlich sucht man sie zu erfüllen: die viel berufene Aufhebung des Verbindungsverbot für politische Vereine können wir nicht als eine wirkliche Konzession betrachten. (Zusammensetzung links.) Der Entwurf bringt bedeutsame liberale Fortschritte. Man sollte nicht zu einseitig das llibidentische Vereinsrecht loben, so zum Beispiel gibt Baden der Polizei das Recht, Versammlungen im voraus zu verbieten. (Hört, hört! rechts.) Das Koalitionsrecht mußte aus der Vorlage weggelassen, da es eine ganz anders geartete Materie ist. Wir werden aber in der Kommission sorgfältig prüfen, ob etwa durch Bestimmungen dieses Entwurfs das Koalitionsrecht und die Berufsvereine beeinträchtigt werden. Eine reichsgesetzliche Regelung des Rechts der religiösen Vereine würden wir zurecht als nationale Ungläubigkeit betrachten. (Hört, hört! im Zentr., Weisfall bei den Natl.) Wir begrüßen die Zulassung der Frauen. Die Frage des Mindestalters werden wir in der Kommission prüfen. Es ist nicht erwünscht, daß unzureichende Leute sich mit Politik befassen. Die Abtugung zur Einreichung eines Vorstandsverzeichnis ist für Süddeutschland ein Rückschritt, aber ein Fortschritt für alle Staaten, in denen bisher ein allgemeines Mitgliederverzeichnis eingeholt werden mußte. Die Bestimmungen über die Ausübung, die Aufhebungsbefugnisse usw. müssen sorgfältig geprüft werden. ...

Abg. Heine (Sozialdemokrat):

Am vorliegenden Gesetz ist das Wertvollste die Begründung. In dieser ist nämlich die Vereinsgesetzgebung nicht nur der deutschen Einzelstaaten, sondern der außerdeutschen Staaten dargestellt. Die Regierung zeigt uns also selbst, welche Freiheiten andere Kulturstaaten haben, und wir nicht haben. (Sehr gut! b. d. Soz.) Dieses Gesetz bringt hier einige Fortschritte, aber genügt auch nicht im entferntesten dem, was das deutsche Volk von einem Reichsgesetz der Gegenwart verlangen kann. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Fortschritte lassen sich in drei Worte zusammenfassen. Die Bestimmungen gegen Frauen und die Minderjährigen, und das Einreichen der Mitgliederverzeichnis sollen weggelassen. Dafür bringt das Gesetz Verbesserungen in Menge, nicht bloß für Süddeutschland, sondern sogar für Sachsen und Preußen (Hört, hört! b. d. Soz.) und das will viel sagen. (Weiterkeit.) Die Angehörnisse der Regierung sind in Wirklichkeit gar keine Angehörnisse. Man hat nur auf das verzichtet, was sich eben gar nicht mehr halten

Erstat für die ausgekiffene „Patrie“.

Nach verschiedenen Probefahrten, welche dieser Tage mit dem leuchtenden Luftschiff „Bille de Paris“ vorgenommen worden sind, hat der französische Kriegsminister dessen Erbauer und Eigentümer Deutsch (de la Mairie) mitteilen lassen, die Regierung gehe auf sein Anerbieten ein, die „Bille de Paris“ als Ersatz für die vielstündlich noch fliegende „Patrie“ dem Staate abzutreten. Van und Material der „Bille de Paris“ sollen sich von denen der „Patrie“ wesentlich unterscheiden. Der zigarrenförmige Ballon aus kautschukartigem Stoff mißt 62 Meter in der Länge, er hat einen Gehalt von 3200 Kubikmeter. Die Gondel ist ganz aus Holz gebaut und hat zwei Abteilungen; in der einen ist Platz für den Steuermann und zwei Passagiere, im Vorderteil für einen oder zwei Maschinenisten bei dem Motor von 70 Pferdekraften. Die Schraube, welche den Ballon in Bewegung setzt, macht 140 Drehungen in der Minute. Die „Bille de Paris“ soll nächste Woche nach Verdun fahren und dort fortan ihren Heimathafen haben.

Infolge des heftigen Sturmes werden aus Frankreich zahlreiche Schiffsunfälle gemeldet. Unter anderem wird berichtet, daß der Dampfer „Kronland“ welcher Sonnabend mit 1000 Passagieren an Bord verlassen hat, in der Nähe der Sikkensinseln einen Schraubenbruch erlitten und infolgedessen gezwungen war, seine Reise aufzugeben und nach Liverpool zurückzufahren.

Ferner melden Telegramme aus Paris: Drei französische Schiffe sind auf der Rückfahrt von Neu-Fundland nach Frankreich mit 125 Mann untergegangen. Man hat seit dem 1. Oktober nichts mehr von ihnen gehört; damals verließen sie Martinique. Die drei Schiffe sind „Angler“ aus dem Hafen Palmpol, „Jaques“ aus Grandville und „Orchade“ aus Cancale. Die Insassen waren Schiffe aus diesen Ortschaften, die jedes Jahr nach Neu-Fundland fahren.

Ein Kobold. In dem Orte Lichtentfels bei Koburg hat nach der „Vf. Ztg.“ der Fabrikdirektor Gaudaur einen entlassenen Arbeiter niedergeschossen, als dieser ihn wegen seiner Entlassung zur Rede stellte. Gaudaur wurde verhaftet, der Arbeiter ist üblich verlegt.

Ein schweres Verbrechen ist in der Nacht zum Montag auf der Chaussee zwischen Berlin und Bernau verübt worden. Der 40 Jahre alte Kammerläufer Gustav Dieck aus der Koloniestraße wurde von drei Vegetariern überfallen, schwer verletzt und vollständig angegraben. D. erhielt einen gefährlichen Stich in die Stirn. D. sowohl als auch einer der Vegetariere, der der Ueberfallene bei seiner Gegenwehr schwer verletzt hatte, wurden nach dem Krankenhaus in Bernau gebracht.

600 getötet! Aus Monongahalia in Westvirginien wird gemeldet, daß die Zahl der bei dem Grubenunglück in

Die Mitgliederliste war ein Qual für die Polizei geworden, mit dem Segment für Kranke ereigte man die Gefahr, dass sie nicht mehr anständig erhalten, seitdem der Kaiser in der Wahlnacht...

vor einer Schaar junger Burschen politische Reden gehalten haben. (Große Heiterkeit bei den Soz. und im Zentrum.) Nach dem Segmente der Staatssekretäre diesen Bestimmungen mit rassen Augen nachzusehen und große Lust zu haben, sie mit Hilfe der rechten Wochenausgabe so oder so wieder einzuschmuggeln. Vielleicht verlangen die Konserwatoren diese Konzeption von ihren freisinnigen Vorführern als Voraussetzung für irgendwelche Gegenkonzeption...

Spott für andere Nationen und zu einer Kette von Quälereien für den Deutschen gemacht. (Sehr richtig! h. d. Soz.) In Preußen und Sachsen ist es am schlimmsten; aber in Nord-Bayern wird auch so regiert, als ob es schon in Preußen gäbe (Heiterkeit und Ehrlichkeit! h. d. Soz.) Gekündigt werden natürlich nur mittelbare Vereine, sozialdemokratische, politische, gewerkschaftliche, vornehmlich auch freisinnige. (Heiterkeit h. d. Soz. u. i. Zentrum.) Unser Mäxer mit einfacher Standpunkt ist bekannt. Wir fordern volle Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit für jedermann. Wir geben dem Staatssekretär recht: mit einer einfachen Übertragung des württembergischen und bayerischen Zustandes auf das Reich wäre nichts geboten. Die Verwaltung und Justiz werden dafür sorgen, daß es beim alten bleibt. Wir müssen daher nicht verminderte, sondern vermehrte Bestimmungen fordern, Bestimmungen, die nicht Beschränkungen für die Bürger bringen, sondern vielmehr der Beschränkungen verdrängen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Herr Sieber sagte ganz richtig, vernünftige Gesetze helfen allein nicht; es gehören auch vernünftige Regierungen dazu. In Süddeutschland, sagte er hin, haben wir vernünftige Regierungen. Die Schlussfolgerung, daß wir in Norddeutschland keine vernünftigen Regierungen haben, hat er leider nicht gezogen. (Heiterkeit h. d. Soz.) Polizei und Behörden haben sich der ihnen in anderen Gegenden verliehene Freiheit nicht fähig und nicht würdig erwiesen, und man müsse sie daher wieder an die Kette legen.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Vor allem ist zu fordern das unbedingte Aufheben der Überwachung der Versammlungen und Vereine. Der Staat hat dabei nichts zu fürchten; er kann nicht pöbellich von hinten umschmeichelt werden, ohne daß es jemand merkt. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Soz.) Die Überwachung dient ja auch nicht der Sicherheit des Staates, sondern dazu, oppositionelle Elemente zu dramatisieren. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im Saar-Revier drangsalieren die national-liberale Partei sozialdemokratische und ultramontane Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Soz. und im Zentrum, Unruhe bei den Nat.) In Bochum drangsalieren das Zentrum sozialdemokratische und politische Arbeiter. (Hört, hört! bei den Soz., Unruhe im Zentrum, Heiterkeit bei den Nat.) In Neudorf drangsalieren diese Folge durch einen Prozeß festgestellt worden. Das dortige Gericht zeigte sich dankenswerterweise. Es war in Neudorf seit Jahren unmöglich, auch nur eine gewerkschaftliche Versammlung abzuhalten. Der Polizeikommissar Appeldorn sagte zu der Frau eines von der Polizei fortwährend aus der Arbeit gekehrten Mannes: Sorgen Sie zuerst dafür,

daß Ihr Mann eine andere Gesinnung bekommt. Dann Sorge ich für Arbeit. (Hört, hört! h. d. Soz.) Nicht stehen sich über dieses Thema schreiben. In den §§ 2 und 3 wird von Gräueltaten öffentlich Angelegenheiten gesprochen. Aber was ist eine öffentliche Angelegenheit? Für politische Angelegenheiten sind in Deutschland schon erklärt worden Turnen, Singen, Radeln, immer natürlich nur bei politisch mißliebigen Elementen, nicht etwa bei Studenten und sonstigen Wohlgelehrten. (Auf der Rechten unterhalten sich der Abg. v. Röcher, Präsident des Abgeordnetenhauses, und der Abg. Kreibitz mit lauter Stimme. Abg. Kreibitz bekommt plötzlich einen solchen Lachanfall, daß ihm sein Nachbar mit aller Gewalt auf den Rücken klopfen, sich nicht ganz so laut zu unterhalten (Sehr gut! h. d. Soz., Abg. Dr. Südekum ruft: Der ganze Mann hat auch eine tolle Stimme.) Heiterkeit.) Ein dänisches Kaffeehaus in Berlin ist schon als politische Veranstaltung angesehen worden, obwohl die Damen noch gar nicht zum Reden gekommen waren. (Heiterkeit.) Das neue Gesetz macht noch nicht einmal den Versuch, die Begriffe zu definieren. Und doch wäre eine solche Definition dringend geboten. Nachdem man schon Kommissionen von 3 Mitgliedern (Zunächst: Sozialdemokraten, Heiterkeit), für Vereine erklärt hat. Eine ganz unmittele Schilane ist auch die Forderung, daß jeder Verein eine Satzung haben muß. Eine Quelle ewiger Schilane und Prozesse.

Völlig unbestimmt bleibt auch der Begriff der Versammlung. Stimmliche Prozesse sind schon z. B. in Obersachsen als Versammlungen aufgefaßt worden. (Hört, hört! h. d. Soz.) Und was den Unterschied von öffentlichen und geschlossenen Versammlungen anbetrifft, so löst die Polizeipraxis in Preußen darauf hinaus, daß die Versammlung von Arbeitervereinen immer als öffentlich, und die Versammlung anderer Vereine als geschlossen angesehen werden. Die Sicherheitsvorschriften bei Versammlungen werden bekanntlich auch sehr verschieden gehandhabt. Treppen, über die

nierhundert Arbeitervereiner verabsoluten schreiben können, drohen mit Einschluss, wenn 30 Arbeiter über sie an gehen haben. (Gr. Heiterkeit und leb. Hört, hört! h. d. Soz.) Das der Entwurf für Versammlungen unter freiem Himmel und für Aufzüge eine besondere Genehmigung voraussetzt, bedeutet eine erhebliche Verschärfung des bisherigen Anstandes, sogar für Schiffe. (Hört, hört!) Als Vorwand ist es übrigens schon bei achtet worden, wenn 5 Kreuzer hinterhand in der Straßennähe führen. (Gr. Heiterkeit.) Der neue Entwurf will den schwammigen Begriff „Versammlung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ vereinigen, er nimmt die Bestimmungen mit herüber, daß keine Waffen in die Versammlung mitgebracht werden dürfen, als Waffen sind von den Schülern aber schon Schilde und Regenmäntel erklärt worden. (Gr. Heiterkeit.) Der Entwurf verlangt, wie bisher, einen unermessenen Raum für die Polizei. Was ist an dem Entwurf? Es würde schon verlangt, daß Räume, um unermessenen an sein, auch im Sommer beißbar sein sollen. (Hört, hört!) Und alle diese Dinge also sollen mit in die Morgenblätter der neuen liberalen Ära hinhin genommen werden. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Neu ist die Bestimmung in § 9, wonach die Versammlung aufzulösen ist, wenn die Ausführungen eines Redners den Tatbestand eines nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Verzeßens enthalten. Das bedeutet einfach, daß die Versammlung ist aufzulösen, wenn der Redner behauptet, daß ein solches Verzeßen vorliege. Die Bestimmung ist eine Verschärfung des Reichsvereinsgesetzes. (Heiterkeit.) In Sachsen liebt man den Zustand freilich so sehr, daß man das sächsische Vereinsgesetz ein Juwel nannte, und sich dadurch vor der ganzen Welt rühmte. Dieser sächsische Juwel soll jetzt in weitem Maße auf das Reich übertragen werden. Für eine solche Übertragung der liberalen Ära danke ich. (Leb. Heiterkeit h. d. Soz.) In § 10 ist bestimmt, daß nach erfolgter Auflösung jeder sich sofort entziehen muß. Das wird dahin ausgelegt, daß es zu gefährlich ist, auch wenn die Auflösung aus noch so rechtswidrigen Gründen erfolgt ist. Wenn Sie das nicht befehlen, meine Herren Freisinnigen, dann dürfen Sie nicht behaupten, daß das Gesetz und Sie selbst liberal seien. (Sehr gut! h. d. Soz.) Das wir dem § 7 des Entwurfs nicht zustimmen können, ist selbstverständlich. Einer der Vorredner hielt es für eine höchst lobenswerte, wenn man sagt, es könnten Pläne als Mißbrauch einer fremden Sprache angesehen werden. Wir sind in Norddeutschland an diese künftigen Anstrengungen der Vereins- und Versammlungsgesetze gewöhnt, daß wir das gar nicht als komisch ansehen. Wenn ich in einer Versammlung saßen würde mit mehreren früheren Präsidenten: Quod licet Jovi non licet bovi (Was dem Jupiter erlaubt ist, ist nicht jedem Ochsen erlaubt), so bin ich durchaus nicht sicher, daß ich nicht wegen verbotenen Gebrauchs einer fremden Sprache verurteilt werde. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Bestimmung richtet sich gegen die gewerkschaftliche Organisation, besonders in Westfalen, und sie soll ja auch an Anregung der Großindustriellen aus Westfalen in den Entwurf hineingekommen sein. (Hört, hört! bei den Soz.) Jedenfalls wird Sie ihnen allein nützen. (Leb. Heiterkeit! bei den Soz.) Trotz ihrer noch analen Gesinnung haben diese Herren eine große Vorliebe für politische Arbeiter, so lange sie rechtlos sind, und deshalb wollen sie ihnen das Koalitionsrecht rauben; das aber würde die Folge dieser Bestimmung sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir hätten hier große Töne von der Erhaltung des deutschen nationalen Wesens. Aber dort auf der roten Erde ist dieser alte Stolz des Deutschen zu einem halbpolnischen Land geworden, weil die Fabrikarbeiter polnische Arbeiter bringen, solange sie sich von den Gewerkschaften fernhielten. Jetzt beteiligen sie sich daran, jetzt geben sie sich nicht mehr zu Lohnrückern her

und darum soll ihnen das Koalitionsrecht genommen werden. Die Folge würde sein, daß die Polen einen starken Antrieb erhielten, nach einer anderen Gegende Deutschlands zu ziehen, auch dort würden sie die Deutschen in steigendem Maße verdrängen, und das nennen die Verbindeten Regierungen germanisieren. (Sehr gut! h. d. Soz.) Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich ein Deutscher bin, daß ich als Deutscher fühle, daß mir deutsche Kultur und deutsche Eigenart am Herzen liegt; wie nur irgend einem von Ihnen. Aber gerade deshalb sage ich: Wie kann man die Ehre unserer Nation durch derartige Ungerechtigkeiten gegen die Polen bedecken? (Leb. Heiterkeit! h. d. Soz.) Deutschland hat jahrelang darauf gearbeitet, daß man ihm seine nationale Eigenart zurückgewinne, daß man es nur als geographischen Bezirk ansehe, und die besten Interessen des Volkes haben für die nationale Einheit und Eigenart gekämpft.

Soll das bei den Polen ein Verbrechen sein? Wer den Polen ihre nationale Sprache nehmen will, ist nicht national, sondern nennt sich nur so. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Zeigt sich hier der widerwärtige Geist der politischen Unbilligkeit, der in unserem öffentlichen Leben herrscht. Ist das Deutsche Reich beendigt ist, der sich bald gegen die katholischen Mitbürger, bald gegen die Polen, Tschechen und Elässer richtet, immer aber gegen das arbeitende Volk, das seine Rechte fordert. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Was Herr Sieber sagte, waren keine nationalen Worte, ich als Deutscher würde mich schämen, wenn das der Grundzug des deutschen Wesens wäre. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz., große Unruhe bei den Nat.) Auf die Frage des Koalitionsrechts gehe ich nicht ein, es wird wohl noch ein Redner meiner Fraktion zu Worte kommen. Aber nach den Motiven des Gesetzes sollen die allgemeinen politischen Bestimmungen und Versammlungen gegenüber ausreicht erhalten werden, und damit auch alle die Drangsalierungen aus Gründen der Volkspolizei, der Hauptpolizei usw. In Potsdam hat vor einigen Wochen die Schulbehörde eine Versammlung verboten, in der ein Vortrag über Stanis-

ein gehalten werden sollte, unter dem Vorzeichen, das wäre ein Unrechtsverbrechen an Jugendliche. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Preussische Schulbureauaufträge kann wie in Russland Kreisbeschränkung von vielen Monaten verhängen, ohne daß die Gerichte etwas dagegen tun können. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Verzicht auf besondere Bestimmungen für Jugendliche in dem Entwurf ist vielleicht nur scheinbar, vielleicht will man auf dem Umwege über die preussische Schulbehörde sein Ziel erreichen. (Sehr gut! bei den Soz.) In Sachsen-Weimar hat die Polizei Vollmacht, jede Versammlung zu verbieten, die gegen die öffentliche Ordnung verstößt. Am Goethefest hat man in Weimar sogar eine Versammlung verboten, in der über Goethe gesprochen werden sollte. (Hört, hört! bei den Soz.) Dort hätten die Gerichte nicht nachprüfen, ob die Anwendung der polizeilichen Vorschriften in gefeßelter Weise geschieht, und diese Bestimmungen soll nach den Motiven des Entwurfs ausdrücklich aufrecht erhalten werden. Auch in Preußen haben manche Polizeibehörden auf Grund des Polizeigesetzes für die Polizei das Recht in Anspruch genommen, alle Versammlungen zu verbieten, die gegen die Ruhe und Ordnung verstoßen. Das Oberverwaltungsgericht hat solche Verbote der Polizei für ungerechtfertigt erklärt. Sobald aber an Stelle des preussischen Gesetzes dieser neue Entwurf tritt, welcher der preussischen Polizei gegenüber seine Beschränkungen senkt, sondern sie ausdrücklich aufrecht erhält, kann diese Praxis sehr leicht in Preußen zur Einführung kommen. (Hört, hört! bei den Soz.) Sorgen Sie also dafür, wenn Sie den § 7 befehlen, daß er nicht auf dem Umwege der polizeilichen Befugnisse angewendet wird. Zum Schluß möchte ich mit dem Vorredner betonen: Es kommt nicht auf den Wortlaut der Gesetze, es kommt auf die Praxis der Behörden an. Es ist vollständig richtig, daß in mehreren süddeutschen Staaten Gesetze bestehen, die in Beschränkungen weiter gehen, als das preussische Gesetz. Wenn es mehr Ehre für jene Staaten, wenn die Praxis besser ist als in Preußen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Gesetz in der vorliegenden Fassung ist für uns unannehmbar. An seiner Verbesserung wollen wir mitarbeiten in der sicheren Erwartung, daß die Zustände bei uns sich erst ändern werden, wenn der Geist der politischen Verfolgung und Geschäftigkeit überwunden sein wird. In der Zeit, in der der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sein Wesen treibt, wo die Wackelpolitik sich im Kampf gegen Rot und Schwarz eracht, wo Polen unterdrückt werden, muß man freilich sagen, daß die Hoffung hierauf recht gering ist, daß wir (Lachen rechts). Ich meine die Wahrheit und unsere Regierungen (Heiterkeit bei den Soz.), noch sehr an sich arbeiten müssen, um zu dem Maße des Verständnisses zu kommen, das die Voraussetzung des politischen Erfolges ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Dienstag verlag das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. (Ankündigen Börsengesetz.) Schluß 6 1/2 Uhr.

### Arbeiterbewegung.

Textilarbeiterstreikungen. Wir meldesten schon, daß in Krefeld die Arbeiter der mechanischen Seidenstoffwebereien in den Ausstand getreten sind, weil ihnen eine zehnprozentige Lohnerhöhung nicht bewilligt wurde. Jede Verhandlung, um welche die Vertreter der Organisationen erinert hatten, wurde abgelehnt, vielmehr beschloßen, sofort sämtliche Seidenstoffweber im ganzen Bezirk auszusperren. Am Sonnabend früh wurde den Webern gekündigt und da in den meisten Betrieben einträgliche Kündigungen vereinbart ist, trat die Sperrung zum großen Teil am Montag, den 9. Dezember, in Kraft. Im Betrage kommen 10,000 bis 11,000 Weber und Weberinnen. Weiter haben die Seidenweberei beschlossen, daß, wenn die jetzt Streikenden innerhalb 14 Tagen die Arbeit nicht aufgenommen haben, sämtliche Arbeiter der Hilfsindustrie ausgetrieben werden. Beteiligt sind der Deutsche Textilarbeiterverband und der Christliche Textilarbeiterverband. Die Organisationen haben noch gar nicht Zeit gehabt, zu der Ausberrung Stellung zu nehmen.

Lohnbewegungen der Buchdrucker in Holland. In Amsterdam, Rotterdam, Haag, Groningen und einigen anderen Städten Hollands befinden sich die Buchdrucker in einer Bewegung für Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne. Ihre wichtigste Forderung ist der Neunkundentag.

Arbeiterorganisation. Ein Arbeiterverband für die deutsche Tafelglas-Industrie und für verwandte Betriebszweige ist in Berlin bearbeitet worden, der sich auf das ganze Deutsche Reich erstreckt und sich der Hauptstelle deutscher Arbeitervereine angeschlossen hat.

Lohnbewegung der städtischen Arbeiter in Leipzig. Die in den Betrieben der Stadt Leipzig und der Thüringer Gasgesellschaft beschäftigten Handwerker und Arbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen einen Anlages-Mindestlohn von täglich 4 Mk., der nach zehnjähriger Dienstzeit auf 5 Mk. steigen soll.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, 10. Dezember. Geschichtskalender. 10. Dezember. 1550 Luther verbrannt öffentlich die päpstliche Bulle. 1821 Rechenschaftsbericht über den Belagerungsstand im Reichstag. 1889 Der Schriftsteller Ludwig Anzengruber in Wien.

\* Sie kennen keine Kohlennot. Dieser Tage hielt der preussische Landes-Eisenbahnrat unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Fleck eine wichtige Sitzung ab, die sich mit der Tarifpolitik der preussischen Eisenbahnen angeht. Auf der Tagesordnung stand ein Antrag auf Aufhebung oder Beschränkung der ermäßigten Ausnahmetarife für die Kohlenausfuhr und Frachtermäßigung für die Einfuhr von Kohlen. Der Ausschuss verhielt sich jedoch diesem Antrage gegenüber, der eine Verbilligung der Kohlenpreise im Interesse der arbeitenden Schichten herbeigeführt hätte, ablehnend; der Regierung sollte es überlassen werden, in eine nähere Prüfung dieser Frage einzugehen, ob die nach den Stationen der französischen Ostbahn, nach Italien, der Schweiz und Oesterreich-Ungarn geltenden direkten Tarife für Steinkohlen, Braunkohle und Gaskohle aufgehoben oder eingeschränkt werden können. Ein Antrag auf Einführung des Rohstofftarifs für Steinkohle für die Dauer eines Jahres wurde angenommen. Wie die Entscheidung der Regierung ausfallen wird, kann man sich nach dem letzten Auftreten des Handelsministers Delbrück bei Beratung der sozialdemokratischen Interpellation über die Kohlennot im Reichstage ungefähr vorstellen.

\* Die „Wettlerplage“ nimmt gegenwärtig sehr überhand, so berichtet eine hiesige Lokalcorrespondenz. Die Zahl der wegen Bettelns festgenommenen Personen wachse von Tag zu Tag. Und die Korrespondenz findet die Erklärung dafür in dem Umstand, daß „arbeitslose Existenzen sich mit Bettelndurchstreifen“. Das ganze Elend unserer herrlichen Gesellschaftsordnung spricht aus einer solchen Lokalnot. Der satte Bürger, der des Lebens Not nicht kennt, entrückt sich über

Montmont Getöteten annähernd sechshundert bestrafe. Der Direktor des Bergwerkes habe die Zahl der fehlenden Bergleute mit 478 berechnet, in dieser Zahl seien aber hundert Anaben, die als Wagnersknecht verwendet wurden, nicht inbegriffen. Durch den Nachschwab werden die Rettungsarbeiten sehr verlangsamt; zahlreiche Personen, die bei den Rettungsarbeiten beschäftigt sind, erliegen den Gefahren.

Ein grausiges Familien-Drama. Am Sonnabend früh wurde der in Subenburg bei Magdeburg, Kur-Artenstraße 35, I., wohnhafte Invalide Otto Benzel, 29 Jahre alt, wegen Kindesmordes verhaftet. Benzel war holländischer Laternenanzünder und bezog als Invalide des Chinapfandes eine kleine Pension. Da er seine Stellung als Laternenanzünder eingebüßt hatte, hatte Benzel beschlossen, sich und seine Familie mit Ausnahme eines 15jährigen Sohnes umzubringen. Am Freitag Mittag hat er seine Frau in der Leitung der 7 Jahre alten Tochter Meta nach der Schuloldendahl von Subenburg zu. Curio, wo die Frau in Arbeit stand, gebietet darauf ist er mit dem Mädchen nach Hause gegangen und hat das Drama in zwei Akten lassen, wovon er auch dem Kinde zu trinken gab. Dann hat er dieses zu Bett gebracht und durch Zerschneiden des Halses ermordet. Nachdem Benzel dann seinen 15jährigen Sohn zu dessen Großmutter geschickt hatte, hat er am Abend seine Frau wieder von deren Arbeitsstätte abgeholt und ist mit ihr zunächst nach Otterleben zu gegangen. Benzel hat dann seine Frau zu bestimmen gewagt, mit ihm gemeinsam dem Wäldchen in den Tod zu folgen. Die beiden haben dann, um sich in ihrem weiteren Vorgehen nicht anzusehen, noch verschiedene Wäldchen besucht. Als die Elemente einen Morgen ihre Wohnung betrat, scheint bei der Frau, als für die Leiche des Kindes, keine eingetretene zu sein. Man hatte sich der Mann zum Schloß niedergelassen, als sie in der nächsten Polizeiwache eingeworfen wurde.

Reine Chronik. Am dem Neubau des Gebäudes der Verwaltungsdirektion in Sasnover führt eine Redenbahn durch

ein; während mehrere Arbeiter mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt waren, erfolgte ein abermaliger Dedeneinsturz, wobei vier Arbeiter schwere Verletzungen erlitten. — Wie aus Nieder-Birchhain (Sachsen) gemeldet wird, wurden auf der Straße zwei Personen, ein Radfahrer und ein Fußgänger tot aufgefunden. Wie festgestellt wurde, hat der Sturm in der verangenen Nacht einen Telephonstahl zerissen, der sich über einer elektrischen Starkstromleitung befand und auf die Straße herabfiel. Es wird nun angenommen, daß die beiden Personen mit dem Draht in Verbindung gekommen und auf der Stelle getötet worden sind. Es handelt sich, wie nachträglich festgestellt wurde, um einen 19jährigen Bergarbeiter und den Schmelzmeister Arnold aus Stolberg. — Aus München wird gemeldet: Der Polizeibericht teilt mit: In der Nacht vom 9. Dezember fand bei Englmarting, Gemeinde Brunnthal bei Euerland, ein Haberfeldtreiben statt, nachdem vorher in die Kommande eines dortigen Gutbesizers eingebrochen war. Der Gutbesitzer und sein Dolmetsch verteidigten sich mit Schusswaffen und gelangten auch, zwei bei drei Haberfeldtreiber getroffen zu haben. Am Morgen fanden sich an den betreffenden Stellen auch Blutspuren. Die verletzten Personen sind bis jetzt nicht ermittelt. — Bergamotte Nacht - brannte die Zuckerfabrik von Charlottenhof in Czarny (Anhalt) nieder. Die Zuckerniederlagen sind gerettet. 1800 Personen sind durch den Brand obdachlos. — Sonntag Abend wurden in einem Zimmer eines Berner Gasthofes, wo ein russisches Studentenpaar abgeblieben war, mehrere Schätze abgegraben. Als man öffnete, lagen ein junger Mann, Tadders Ruzarowski aus Jwanow (Russisch-Polen), und seine Begleiterin Wanda Schoneich aus Lublin (Polen), von mehreren Schüssen durchbohrt in ihrem Blute. Ruzarowski war über Nacht gestorben, seine Gefährtin liegt brunnenschwarz darnieder. — Zu Bologna wurden zwei deutsche Handwerksbrüder, der zwanzigjährige Theodor Riels und der sechszehnjährige Maria Riels, nach einem überaus verheerlichen, weil sie unter Drohungen von Gehilfen Lebensmittel veranlagten. Es war mit einem Dolch

die zunehmende Belästigung durch das „Weißwoll“ und zum Teil nach der Polizei. Diese sperrt die Armen ein und die Arbeitslosenfrage ist gelöst, das Elend ist aus der Welt. Wie herrlich schon lebt sich doch unter den Fittichen des Polizeibüblers!

**\* Das Arbeiter-Sekretariat** ersucht uns folgendes zu veröffentlichen: Eine der ständigen Klagen, welche in allen Jahresberichten wiederkehren, ist die, daß die Besucher des Sekretariats, denen Klagen, Eingaben usw. angefertigt wurden, über den Ausgang der Sache keine Mitteilung machen, ein Mangel, der zu beklagen ist, da über den Erfolg oder Mißerfolg ein wahrheitsgetreues Bild nicht gegeben werden kann. Der hier erwähnten Pflicht sollte sich niemand entziehen, denn würde sie erfüllt, das Resultat der Statistik würde ein ganz anderes sein, und Ansporn nach jeder Richtung hin geben. Auch über die Erfolglosigkeit sollte man es nicht unterlassen zu berichten, denn auch daraus kann man lernen und schließlich auch durch weitere Maßnahmen den gewünschten Erfolg herbeiführen. Leider müssen wir erleben, daß ein großer Teil der Klienten, selbst wenn sie durch Karte aufgefordert werden zu berichten, diesem billigen Verlangen nicht nachkommen; ja selbst auf wiederholte Aufforderung hin dies nicht tun. Und dabei handelt es sich nicht selten um Fälle, an deren Ausgang das Sekretariat ein großes Interesse hat.

In diesem Jahre sind speziell eine ungeheure Zahl von Einsprüchen gegen die Steuerveranlagung angefertigt worden, und es wäre wünschenswert, wenn uns das Resultat derselben von den Reklamanten mitgeteilt würde. Bei der großen Anzahl der Reklamationen ist eine schriftliche Anfrage mit sehr viel Zeit und Geldkosten verbunden, deshalb ersuchen wir an dieser Stelle dringend, uns über den Ausgang recht bald Mitteilung zu machen. Natürlich nicht nur über die Steuer, sondern über alle Angelegenheiten. Versäume also niemand, welcher das Sekretariat durch Anfertigung eines Schriftsatzes in Anspruch genommen hat, über das Resultat desselben, recht bald, sei es mündlich oder schriftlich, Mitteilung zu machen. Die geringe Mühe wird dazu beitragen, die Statistik wertvoll zu gestalten, Anregung zu geben und Arbeitsfreudigkeit herbeizuführen.

**\* Meine Wohnung ist meine Gewohnheit.** Nur wer sich selbst sein Heim herrichtet, kann darin behaglich werden; ist doch alles, was ihn umgibt, sein eigen Werk, so daß er es lieben muß — an diesen seinen Früchten aber sollt ihr ihn erkennen. Müssen wir nicht alle bedauern, die „ein möbliertes Zimmer“ oder bloß eine Schlafstelle sich gemietet haben und nun in dieser oft genug öden, vernachlässigten, schmucklosen Umgebung sich wohlfühlen sollen? Sollte nicht jeder danach trachten, sich sein Zimmer, seine Wohnung, wenn auch fürs erste ganz bescheiden, aber aus eigenem Gefühl heraus einzurichten, damit er es als sein Werk lieben kann? Und wahrhaftig, es gehört nicht allzu viel dazu, nur eben ein klein wenig guten Geschmacks, und auch ernsthaften Willens, sein Heim schön zu machen. Einfach und schön.

Daß es geht, zeigt unsere Wanderschmuck-Ausstellung, die in diesen Tagen im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses stattfindet und täglich bis einschließlich zum nächsten Sonntag von 4 bis 9 Uhr Nachmittags geöffnet ist. Die Ausstellung mit ihrer Fülle von guten Bildern zeigt, mit wie geringen Mitteln es möglich ist, sich seine Wohnung behaglich zu schmücken. Und es ist eine Freude zu sehen, welches Interesse die Ausstellung in den weitesten Kreisen erregt. Nicht nur die Zahl der Besucher und Besucherinnen ist eine außerordentlich große, auch Bestellungen werden in großem Umfang gemacht. Versäume niemand, sich die Ausstellung anzusehen.

**\* Schuhmann Hoppe.** Frau L. war angeklagt, den Breslauer Schuhmann Hoppe beleidigt zu haben. Sie hatte erzählt, daß Hoppe beim Wirt Kosa, obwohl dieser nur halbe Konzeption habe, Schnaps getrunken habe. Vor Gericht lagen zwei Zeugen eidlich aus, gesehen zu haben, wie Hoppe Schnaps getrunken habe. Hoppe aber schwört, keinen Schnaps getrunken zu haben. Und ebenso schwört Kosa, Hoppe keinen Schnaps eingekauft zu haben. Mittenlang versucht der Gerichtsvorsteher, Amtsgerichtsrat Englich, den Schuhmann vom Beschwerden dieser Anklage abzuhalten — nützt nichts: Hoppe schwört: Ich habe bei Kosa keinen Schnaps getrunken.

Das Gericht aber glaubt Hoppe und Kosa nicht und spricht Frau L. frei.

Einige Zeit darauf leidet die Staatsanwaltschaft gegen Hoppe ein Verfahren wegen Meineides ein. O, wir haben noch eine Gerechtigkeit in Breslau! Eine ganze Reihe Zeugen werden vom Untersuchungsrichter, Herrn v. Schmiedeberg, vernommen. Nach am 31. Oktober sagt Frau L. als Zeugin unter Eid aus: „Ich habe wiederholt gesehen, daß Schuhmann Hoppe bei Kosa Schnaps getrunken hat.“ Ein Kolier S. erklärt an Eidesstatt: „Ich habe bei Kosa in der Karntstraße den Schuhmann Hoppe öfter Korn trinken sehen.“ Arbeiter N. erklärte unter seinem Eide mit Bestimmtheit, öfters gesehen zu haben, wie Schuhmann Hoppe Korn bei Kosa getrunken, obwohl Kosa Branntwein in seinem Lokale nicht ausgeben dürfe.

Das Gericht sagt im Urteil von diesem Zeugen, daß er „einen durchaus glaubwürdigen Eindruck“ mache und „ohne Interesse an der Sache“ sei. Deshalb habe ihm „das Gericht vollen Glauben beigemessen.“ Unterliegt werde diese Anklage — wir stützen uns dem nach vorliegenden schriftlichen Urteilen — durch den Arbeiter S., der zu dem N. gesagt: Nicht einmal, sondern öfter habe er gesehen, wie Schuhmann Hoppe bei Kosa Schnaps getrunken, obwohl Hoppe gemerkt, daß Kosa keine Konzeption habe.

Frau L. hatte ferner in einem Briefe an Polizeihauptmann Koll die Vermutung ausgesprochen, Hoppe benachrichtige rechtzeitig den Kosa, wenn die Polizei Revisionen vorzunehmen beabsichtige. Gefunden habe die Polizei nichts, aber als sie wieder fort war, habe Kosa auf mit Schnaps gefüllte Bierflaschen höhnisch geguckt, und sich gerührt, der Polizei ein Schnippschen geschlagen zu haben. Das Gericht erklärt, auch darin liege keine Hoppe-Beleidigung, denn nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme sei angeht die Tatsache, daß Hoppe ein Kolier der Kosa

sei, wäre diese Vermutung gerechtfertigt. Also auch hier eine Freisprechung.

Nicht aber kommt das Schicksal. Der Rechtsanwalt, der dem Schuhmann Hoppe mehr traut, wie dem der „Jubilanten“, legt gegen die Freisprechung der Frau L. Berufung ein. Als er aber das schriftliche Urteil mit der famosen Charakteristik des Schuhmanns Hoppe gelesen, steht er sie schweigend zur. Er mußte wohl ein Haar in der Suppe gefunden haben.

Trotz alledem teilt der Erste Staatsanwalt unterm 7. November der Frau L. mit, daß auf Beschluß der ersten Strafkammer das Verfahren wegen Meineid gegen Schuhmann Hoppe und Gastwirt Kosa eingestellt und daß dieser Beschluß nach dem Gesetz nicht anfechtbar sei! — — —

Wir wollen die Wirkung dieser allennässigen Talsachen durch sein Wort der Kritik abschwächen.

**\* Die reparierte Firsch-Chre.** Wegen angeblicher Beleidigung eines Firsch-Duncker'schen Gewerkschafters, des Schmiedes Kroll von der Roseler Werft, wurde heute unser Verantwortlicher, Genosse Wolff, zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Dem Vorfall lag eine gemeingefährliche Spielerei mit einem Wasser enthaltenden und zur Explosion gebrachten eiserne Rohre zu Grunde, so daß K. auch vom Gericht als einer Fahrlässigkeit schuldig erachtet wurde. Dagegen fand dasselbe im Vorwurf der Absichtlichlichkeit eine Beleidigung. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt werden. Wir kommen morgen ausführlich auf die sogenannte „Sedanschießerei“ der Firsch-Duncker'schen Gewerkschafter zurück.

**\* Breslauer Stadt- und Landtagswahlen im Zeichen des Blocks.** Wir berichteten gestern von einer Deputiertenversammlung der hiesigen Bürgervereine, in der einstimmig beschlossen worden ist, das bisherige Bündnis der Konservativen und der Zentrumsvereine in der „Freien Vereinigung“ auch für die Stadtverordnetenwahlen vom Jahre 1908 ausrecht zu erhalten und mit den Liberalen kein Kompromiß einzugehen. Und die „Schles. Volksztg.“ knüpft daran die Hoffnung, daß auch für die kommenden Landtagswahlen das Kartell zwischen den Konservativen und der Zentrums-partei bestehen bleiben werde. In beiden Fällen also eine glatte Kriegserklärung an unsere Liberalen. Und die Konservativen werden ebenso wie bei den Stadtverordnetenwahlen auch bei den Landtagswahlen mit den Zentrumsvereinen zusammengehen und auf das mit den Freijüngern eingegangene Bündnis bestehen. Den Liberalen müßte doch eigentlich bei dieser Gelegenheit die ganze Unmündigkeit ihrer Abhängigkeit vom Block zum Bewußtsein kommen, wenn es eben nicht die Liberalen wären. In solche Lage können die Konservativen tatsächlich das Ansehen stellen, daß sie auf Grund ihres Blockbündnisses bei den Landtagswahlen die Abgeordneten des reaktionären Kartells zu unterstützen haben. Manche Demütigung noch steht den unentwegten Freijüngern bevor, aber es geschieht ihnen damit nur ihr Recht.

In zweiter Instanz freigesprochen wurde der frühere Gauleiter des Verbandes der Brauereiarbeiter Genosse Vacker, jetzt in Hannover, von der Strafkammer in Del. Bekanntlich war er bereits vom Schöffengericht Trebnitz von der Anklage der Beleidigung und Geschäftsschädigung gegenüber dem Brauereibesitzer K. K. in Trebnitz freigesprochen worden, doch hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Vacker's Verbrechen sollte in der Veranlassung eines Flugblattes bestehen, das zum Boycott des kühnlichen Bieres aufforderte, um die zölibatäre, in dem Betriebe bestehenden Mißstände zu befeuern. Diese Mißstände wurden vom Schöffengericht Trebnitz nicht nur als erwiesen angenommen, der Beschäftigte erklärte so in der Verhandlung solche Mißstände bereits mit eigenen Augen wahrgenommen zu haben. Trotzdem war der Staatsanwalt in der Berufungsinstanz der Ansicht, daß sich Vacker strafbar gemacht habe. Das Gericht erkannte indes nach dem Antrag von Rechtsanwalt Simon wieder auf Freisprechung.

**\* O du heiliger Bureaunkraut!** Ein hiesiger Danarbeiter hatte von der nächsten Steuerbehörde eine Mahnung, die Steuern zu bezahlen, erhalten. Da sein Beruf auf der Adresse als Straßenbahnführer angegeben war, so verweigerte er die Annahme der mit 5 Pfennig portopostfähigen Karte. Einige Zeit darauf, nachdem er inzwischen seine Steuer längst entrichtet hatte, erhielt der Mann eine Aufforderung, bei Vermeidung der Zwangsvollstreckung die verweigeren fünf Pfennig an Porto zu zahlen. Als er sich weigerte, erich'en tatsächlich in seiner Wohnung ein Vollstreckungsbeamter und forderte die Bezahlung jener 5 Pfennig und dann 20 Pfennig an Vollstreckungsgeldern. Und der Beamte drohte, wenn er die 25 Pfennig nicht erhalte, dann müsse er pfänden, und zwar wolle er einen Schrank mit Beschlagnahme belegen! Und das alles wegen fünf Pfennig! Gewiß war der Mann im Unrecht, als er sich weigerte, die Mahnkarte anzunehmen und als Porto zu entrichten. Aber eine Belehrung hätte doch genügt, den Mann zur Einsicht zu bringen; nicht daß man den Mann einer so schweren Gefährdung seiner wirtschaftlichen Existenz — denn das würde für ihn die Pfändung des Schanks bedeuten haben — aussetzen drohte. Aber freilich: Ordnung muß bei unseren Bureaunkräutern sein, und wenn die Welt dabei in Stücke geht!

**\* Zur Achuh-Baden-Schuldbewegung.** 31 Inhaber hiesiger Herren- und Knabengarderoben-Einzelhandlungen haben, wie seinerzeit berichtet wurde, beim Regierungspräsidenten beantragt, alle beteiligten Geschäftsinhaber behufs Einführung des Achuh-Baden-Schlusses gemäß § 139 f. R.-G.-D. zu hören. Der Magistrat hat darauf eine Liste der beteiligten Geschäftsinhaber aufgestellt, die in der Zeit vom 9. Dezember bis 21. Dezember d. J. werktätlich von 8 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachmittags im Magistratsbureau II — Schulstraße 74a III — ausliegen wird. Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Liste sind bis zum Ablauf der Auslegfrist schriftlich oder zu Protokoll zu erheben. Nach Ablauf der Frist vorgebrachte Einsprüche bleiben unberücksichtigt. Die in diesem Verfahren festgestellte Liste bildet die Grundlage für die Entscheidung, ob der Antrag von mindestens zwei Dritteln oder einem Drittel der beteiligten Geschäftsinhaber gestellt ist. Im ersteren Falle kann die Verlängerung der Ladenschlußzeit ohne weiteres angeordnet werden; im letzteren findet eine Abstimmung der beteiligten Geschäftsinhaber statt. Nur Verkaufsstellen des Kleinhandels, nicht aber Geschäftsräume des Großhandels, kommen für den Achuh-Baden-Schluß in Betracht.

**\* Eröffnung der neuen städtischen Straßenbahnlinie bis zur Neuen Schweidnitzerstraße.** Gestern Nachmittag 3 Uhr ist die beschriebene Abnahme der neuen Strecke der städtischen Straßenbahn von der Ecke Museumstraße bis zum Schweidnitzer Stadigraben, Ecke der Neuen Schweidnitzerstraße, in Anwesenheit von Vertretern der Regierung, der kgl. Eisenbahndirektion, der Polizeidirektion und der Stadtverwaltung erfolgt. Da nichts zu bemängeln war, wurde die Genehmigung zur Inbetriebnahme der Strecke erteilt. Heute früh von 11 Uhr ab verkehren die ersten Wagen auf dieser Strecke in der schon mitgeteilten Weise. Der letzte Wagen in der Richtung Viktoriastraße — Schweidnitzerstraße fährt 11,31 Uhr Nachts, in umgekehrter Richtung 11,43 Uhr. Es werden auch Nachtzüge abgefahren (Eisenbahnampel rot), ab Bahnhof Silesische Straße 12 und 12,15 Uhr, ab Schweidnitzer Straße 12,20 und 12,35 Uhr nach der Viktoriastraße mit Anschluss nach der Pöcherstraße. Der Fahrpreis für Nachtzüge beträgt 20 Pfennig. Monatsfahrter haben auf dieser Linie Gültigkeit. Streckenarten werden wegen der Länge der Teilstrecken, doch nicht veranschlagt.

**\* Unglücksfälle.** In der Werkstatt des Schmiedes der „Vereinigung“ wurde ein beschriebener Arbeiter durch ein mit einem anderen geronnenes Heißblei, dabei hingefallen und bewußlos liegen geblieben war; ein Arbeiter aus Wittlich, der bei einem Krampfanfall schwere Kopfwunden erlitten hatte; ein Rangierer aus Dresden, der in der Nacht auf dem Rangierbahnhof in Dresden ausgeglitten, hin- und hergerollt und überfahren worden war und dabei eine Verletzung des linken Unterschenkels und Kopfverletzungen erlitten hatte; ein Knicht aus Brandis, der von zwei Weibern an eine Wand gedrückt worden war und ein Knicht aus Strachwitz, dem auf dem Bahnhof Neulich die Hand zwischen Wagon und Kante eingeklemmt worden war.

**\* Karabiner.** Am 7. d. M. Vormittags stieß auf der Ohlauerstraße ein Rollwagen mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Das Pferd stürzte, wobei die Gabelschiffel brach. An dem Motorwagen wurde der Vorderperron eingebrochen. An denselben Tage erfolgte auf der Ohlauerstraße ein Zusammenstoß zwischen einer Droschke und einem Motorwagen. Die Droschke wurde beschädigt.

**\* Ballenbrand.** In der Badezimmer einer Wohnung Ohlauer Chaussee 23 brach am 7. d. M. ein Ballenbrand aus. Die Feuerwehr besorgte die Abräumarbeiten.

**\* Ueberrfahren.** Am 7. d. M. Nachmittags wurde auf der Klosterstraße ein Betonmeister durch einen Wagen überfahren und erlitt schwere Wunden, die ihm im Krankenhaus der Barnbergischen Brüder verbunden wurden.

**\* Fahrrad Diebstahl.** Einem Hausmeister von der Albalertstraße wurde ein Fahrrad, Marke „Welt“ Nr. 55,203, mit schwarzem Rahmen und gelbgestrichelten Felgen gestohlen.

### Aus den Gerichtssälen.

**Wenn man einen Pfarrer beleidigt.** Wegen Beleidigung des Pfarrers Kubis zu Gabel wurde der Arbeiter Bialasch aus Boberschlitz von der Strafkammer in Weiden zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. — Christus lehrte, wer eine Ohrfeige bekomme, solle die andere Wange zum Empfang einer zweiten auch noch hinhalten. Daß man lebende Menschen im Strafrichter übergeben solle, hat Christus nicht gelehrt.

### Aus Schlesien und Posen.

**Die schlesischen Gewerkschaftskartelle** werden sofort um eine Mitteilung darüber ersucht, ob sie die zurzeit hier befindliche Wanderschmuck-Ausstellung ihren Mitgliedern zur Besichtigung überweisen wollen. Die Kosten des Transports müssen dann allerdings von den Kartellen getragen werden. Es sei noch besonders bemerkt, daß die Wanderschmuck-Ausstellung auch im nächsten Jahre zur Verfügung steht, also an eine bestimmte Zeit nicht gebunden ist. Redaktion der „Volksmacht“.

### Das Versammlungsrecht in der Praxis.

Im September d. J. war in der Neumann'schen Gutsumpfabrik in Goldberg eine Lohnbewegung ausgebrochen, weshalb sich der Gauleiter Joppich Breslau nach Goldberg begab, um zwischen dem Arbeitgeber und der Arbeiter zu verhandeln. Er arrangierte dann am Abend des 25. September im Restaurant „Neues Haus“ in Goldberg eine Versammlung, zu welcher durch Flugblätter die Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik — aber nur diese — eingeladen wurden mit der Tagesordnung: Bericht über die Vergleichsverhandlungen. Die Versammlung fand auch statt, hinterher aber erließen sowohl der Gauleiter als auch zwei Arbeiter der Neumann'schen Fabrik und die Wirtin des Lokals Anklagen wegen Verletzung des preussischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850, weil in der Versammlung öffentliche Angelegenheiten erörtert worden seien, die Versammlung aber nicht polizeilich angemeldet war. Das Schöffengericht in Goldberg erkannte auf Freisprechung, weil keine öffentlichen, sondern nur die eigentlichen Angelegenheiten der betreffenden Arbeiter betraffen worden seien. Also eine polizeiliche Anmeldung gar nicht nötig war. Hiergegen legte der Amtsanwalt Berufung ein mit der Begründung, gemäß seien in jener Versammlung auch Organisationsfragen der sozialdemokratischen Organisation im allgemeinen erörtert worden. Diesen Standpunkt vertrat auch jetzt noch der Staatsanwalt in der Berufungsinstanz, ohne irgend einen Beweis dafür erbringen zu können. Es verblieb daher bei der Freisprechung aller vier Angeklagten. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

**Schweidnitz, 10. Dezember.** Vom Mädel: m o r d in Juktandorf. Der unter dem dringenden Verdacht der Ermordung der Witwe Weirauch in Untersuchungshaft genommene Porzellanarbeiter Hank aus Hohgerathen hat nunmehr im Gerichtsgefängnis in Waldenburg Erklärungen abgegeben, welche seine Identität mit dem Mörder außer Zweifel erschließen lassen. Der Verdacht der Mordtat richtete sich anfangs bald gegen Hank, welcher aus Hohgerathen stammt und zuletzt in Altwasser tätig war. Er wurde bald verhaftet und nachdem er kurze Zeit auf freien Fuß gesetzt war, erneut festgenommen. Hank stellt ganz energisch jede Schuld an dem Verbrechen in Altwasser und behauptete, daß er an jenem Abend nicht aus Altwasser herausgekommen sei. Nun soll er gefangen haben, daß er an jenem Abend mit der später ermordeten Weirauch zusammen getroffen ist und daß er mit ihr auch in unmittelbarer Nähe von Juktandorf zusammen gewesen ist. Wie verlautet, wird sich bereits das nächste Schwurgericht mit dem Mord beschäftigen. Hank ist verheiratet, aber von seiner in Gorki lebenden Ehefrau getrennt. Auf die Ermittlung des Mörders ist, wie gemeldet, vom Regierungspräsidenten eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt worden. Man vermutete einen gewissen Zusammenhang des Juktandorfer mit dem noch ganz unaufgeklärten Mordmord in Bertholdsdorf, da beide innerhalb einer Woche ermordeten Personen mit einander verhandelt waren. Wegen des Bertholdsdorfer Mordes befindet sich noch immer der Schuhmacher Brauner aus Obersdorf bei Reichensbach in Untersuchungshaft.

**Waldenburg, 10. Dezember.** Ein schweres Unglück fand der Fleischer Lohse auf dem Bahnhofs-Bühnenwalde seinen Tod. Um seinen Weg abzukürzen, überschritt er die Gleise. Ein von ihm nicht beachtetes herankommendes Güterzug überfuhr und zermalte ihn.

**Sermisdorf, 10. Dezember.** Ein schweres Unglück. Am Freitag Nachmittag kurz vor dem Schichtwechsel verunglückte der Lehrbauer Wilhelm Kran in der zweiten Drangelschacht-Abteilung so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die Ursache des Unglücks ist auf das nicht rechtzeitige Abgehen eines Schusses zurückzuführen. Kran ist noch jung verheiratet.

**Striegau, 9. Dezember.** Genidstarr. In Gbörzdorf bei Striegau hat Dr. Schwend-Breslau einen Fall von epidemischer Genidstarr festgestellt. Umfassende Desinfektionsmaßregeln sind getroffen worden. Es ist dies der erste Fall, der in der Gegend vorgekommen ist.

**Wienitz, 10. Dezember.** Eisenbahn-Unfälle. In Randen-Süd ereigneten sich am Freitag und Sonntag Eisenbahn-Unfälle, die zum Teil erheblichen Materialschaden verursachten, während Menschen nicht verletzt zu sein scheinen. Zunächst fuhr am Freitag Abend eine Rangiermaschine einem Güterzuge in die Pforte, wodurch 4 oder 5 Wagen des Güterzuges ausgeworfen und zum Teil erheblich durch Achsenbrüche usw. beschädigt worden sind. Ein Rettungszug von Wienitz wurde entsandt, um die Unfallstelle abzuräumen und brachte die beschädigte Maschine nach Wienitz. Es scheint, als sei dem Güterzug das Einfahrt-Signal zu früh gegeben worden. — An derselben Stelle ereignete sich am Sonntag Nachmittags die Entgleisung eines Güterzuges, der von Randen nach Wienitz bestimmt war; ein großer Schaden ist dabei nicht entstanden. Wie ein Eisenbahn-Ingenieur aus Wienitz feststellte, differierte die Spreizung um 7 Millimeter.

**Wrieg, den 9. Dezember.** Vom „Hausfreund“ und seinen Praktikern. Jeder Leser kennt gewiss den „Hausfreund“, der sich ausschließlich auf seine Erfolge viel zu Gute tut und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit seine Versicherungsbedingungen anpreist. Wie diese ausfallen, sei an einem neuerdings passierten Fall illustriert:

Am 17. Oktober starb an einem Unfall der Arbeiter Carl Galt aus Groß-Peubusch. Der Gemeindevorstand in Mischwitz beschienigte Unfall und Tod. Die Hinterbliebenen fordern nun vom „Hausfreund“ die Auszahlung der Rente in Höhe von 150 Mk. Der „Hausfreund“ schreibt zurück, daß der Unfall nicht rechtzeitig angemeldet worden sei und infolgedessen keine Rente gezahlt werden könnte. Doch sehr bald bekümmert sich der „Hausfreund“. Am 4. November fordert er Vebbringung einer Bescheinigung zur Drispolizei über den üblichen Unfall und ein ärztliches Attest.

Wie wir aus den vor uns liegenden Papieren erfahren, ist die Sache vollkommen klar. Es liegt unzweifelhaft ein üblich verlaufener Unfall vor. Trotzdem drückt sich der „Hausfreund“ nun die Rente herum. Wie ein derartiges Gebahren zu charakterisieren ist, überlassen wir getrost der Öffentlichkeit.

**rr. Neustadt, 9. Dezember.** Auch ein Beitrag zur Klassenwahl! Bei den dieser Tage im Stadtverordnetenrat vollzogenen Wahlen wurde in der ersten Wahlabteilung des Wahlbezirks Grottkau-Neustadt Herr Kommerzienrat Albert Känkel und in der dritten Wahlabteilung des Wahlbezirks Neustadt Buchhändler Keller wiedergewählt. Als Wahlkommissar fungierte Herr Kaufmann Croce aus Meiste. Wähler waren in der ersten Wahlabteilung die Herren Kommerzienrat C. Kränkel aus Neustadt und Buchfabrikdirektor Kühle aus Pabelsdorf und in der dritten Wahlabteilung die Herren Buchhändler Keller und Kaufmann Adbel. Während in der ersten Abteilung von zwölf Wahlberechtigten nur zwei, also 16 2/3 Prozent, und zweitens die beiden Wähler von ihrer Wahlrecht Gebrauch machten, haben in der dritten Abteilung von 23 Wählern nur 6, also reichlich 2 1/2 Prozent, gewählt. So wird selbst in den als intelligent geltenden Kreisen der Kaufmannschaft ein solches Klassenwahlrecht zur Farce, was auch als Demonstration — selbstverständlich ohne Volk — betrachtet werden können.

**Briefkasten.**

**Sprechstunden der Redaktion:** Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

**H. W., Eriegau.** In der Mittagszeit (von 12 1/2 bis 1 Uhr) Übungen der Feuerweh abhalten, ist nach unserer Ansicht durchaus unangebracht und unzulässig.

**E. Wrieg.** Sie können am 31. d. M. ausbleiben.

**F. S., Fiedlerstraße.** Die bei einem Arzt beschäftigte Masse ist nicht krankensicherungspflichtig.

**W. Jawobzic.** Der Forstbeamte ist nicht berechtigt, während der Hundesperre im Dorfe einen Hund ohne weiteres zu erschließen.

**Sch., Eisenstein.** Die Schindische haben Gültigkeit.

**Hoffmann Schum.** Sie müssen den „Jakob“ ebenso wie die „Volkswacht“ beim deutgen Postamt bestellen.

**F. J. und andere.** Zum Austritt aus der christlichen Kirche oder der israelitischen Glaubensgemeinschaft ist jeder berechtigt, der das 14. Lebensjahr vollendet hat (ohne Zustimmung der Eltern oder des Vorstandes). Die Erklärung des Austritts aus den konfessionellen Gemeinden wird beim Amtsgericht angenommen, und zwar ist dem betreffenden Gericht zunächst schriftlich anzuzeigen, zum Beispiel: „Ich (jede Person) hat besonders die Anzeige zu machen) melde hiermit den Austritt aus der evangelischen (katholischen) Kirche (oder der jüdischen Religionsgemeinschaft) an“: Name, Stand und Wohnung, worauf der Betreffende zu einem Termine, frühestens vier Wochen und spätestens sechs Wochen nach der Anmeldung vorgeladen und nach erfolgter Legitimation durch Vorlegung des Geburtsbuches oder eines Konfirmationsbuches zu Protokoll vernommen wird, daß es sein Wille sei, aus der betreffenden Religionsgemeinschaft auszutreten. Der Termin kann an einem beliebigen Wochentage wahrgenommen werden; wird er veräußert, sind trotzdem die Gerichtskosten zu zahlen. Die Gerichtskosten sind nicht im Termin zu zahlen, sondern werden später einzugezogen. (Es ist auf alle Fälle, auch wenn das Gericht keine Vorladung schiden sollte, zwischen der vierten und sechsten Woche hinzugehen.)

Man hebe sich allseits diese Auskunft gut auf!

**Preiskontrollen der k. k. Preisregulierungs-Kommission**  
Breslau, 9. Dezember 1907.

	gute		mittlere		gering.	Sort.
	hochste	niedr.	hochste	niedr.		
Belgen, weißer	22.40	21.80	21.70	20.80	20.70	19.30
Belgen, gelber	22.20	21.70	21.60	20.70	20.60	19.20
Woggen	20.30	19.70	19.60	18.90	19.10	18.20
Woggenfein	18.50	18.—	17.90	17.50	—	—
Gerste	16.—	15.80	15.70	15.40	15.30	15.—
Dafel	18.80	18.80	18.70	18.20	18.10	18.30
Historia-Weizen	28.50	22.50	21.50	20.50	19.50	18.50
Orbis	20.—	19.50	18.90	17.90	16.50	16.—
Winterweizen	29.40	—	27.40	—	25.40	—
Gerst pro 50 Kilogr. 3.50 bis 3.80 Mt.	—	—	—	—	—	—
Gerst pro 50 Kilogr. 3.50 bis 3.80 Mt.	—	—	—	—	—	—
Breslauer Weizenmehl. Weizenmehl pro 100 Kilogr. inkl. Sad Drutt	—	—	—	—	—	—
Weizenmehl 00, matt 31.— bis 31.50 Mt. Roggenmehl 00, matt	—	—	—	—	—	—
28.50 bis 29.— Mt. Roggenmehl 00, matt, 28.— bis 28.50 Mt.	—	—	—	—	—	—
Roggenmehl 1. u. 2. Sorten, matt, 12.50 bis 13.50 Mt. Weizenmehl 1. u. 2. Sorten, matt, 11.50 bis 12.50 Mt.	—	—	—	—	—	—

**Müllischer Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.**

**Vieh.**

Kleinviehmarkt am 9. Dezember. Der Markt betrug: 10 Rinder, 1300 Schweine, 184 Kälber, 378 Schafe. Hierzu vom letzten Markt Ueberstand: 13 Rinder, 44 Schweine, — Kälber, 43 Schafe. — Es wurden bezahlt für 50 Kilogramm erst. Streuer:

	Lebensgewicht	Schlachtgewicht
Kälber: Beste Saugfäßer	36—39	35—38
Mittlere Mastfäßer und gute Saugfäßer	33—35	32—35
Geringe Saugfäßer u. alt. ger. gedürrte Kälber (Presser)	bis 32	bis 30
Schweine: Bestf. 1. Klasse u. deren Streuz. b. zu 1 1/2 J.	45—48	40—45
Mittlere Schweine	41—42	38—40
Gering entwickelte Schweine sowie Säuen	bis 40	—
Unabhängige Schweine (unter Angabe der Herkunft)	—	—
Grupp nach Oberstufen:	—	—
nach Mittel- und Niederstufen:	—	—
nach Rindern:	—	—
nach Schafen:	—	—
nach Kälbern:	—	—
nach Schafen:	—	—
Ueberstand verbleiben: 21 Rinder, 98 Schweine, — Kälber, 177 Schafe. — Einschlagung: Epedischweine, Kälber und Schafe langsam, sonst mittelmäßig. Epedischweine, zum Teil norddeutschen Ursprungs, brachten bis 30 Mt.	—	—

# Breslauer Adressbuch

1908

ist erschienen

und wird in der Expedition, Büttnerstraße 32-33, zu den bekanntgemachten Preisen ausgegeben.

**August Scherl,**  
Deutsche Adressbuch-Gesellschaft m. b. H.

6095

**Das Bäckerei-Grundstück**  
in Grottkau in Grottkau.  
in welchem auf der neu gegründeten Gewerkschafts-Anstalt keine Haupt-Schneidmühle hat, ist bei nur 8—1000 Mark Kaufpreis zu verkaufen.  
für Bäckereibesitzer von der Grottkau.  
Näheres unter B. F. 197 polizeilich Grottkau i. Grottkau.

**Odeon-Platten**  
Freischwinger, Wand- und Tischuhren, Uhrenketten, Zählerketten, Wecker etc. billigst  
R. Ketscher, Waldenburg, Krügerstr. 8.

**Altwasser.**  
Großer Ausverkauf wegen Umzug.  
Regulatoren, Freischwinger, Wecker, Tischuhren, Ketten in jeder Preislage. Ringe, Ohrringe in großer Auswahl von den einfachsten bis zu den feinsten.  
Gustav Henze, Thurmader. 6099

**Sie**  
finden die grösste Auswahl  
in sämtlichen Bedarfsartikeln:  
Trikotagen, Handschuhen, Kapotten,  
Pelzwaren, Gummischuhen, Blusen,  
Kleiden, Kinderkleidchen  
bei allerbilligsten Preisen  
mit 4% Rabatt  
W. Rahmer, Waldenburg.

**Warthaer Pfefferkuchen**  
prämiert mit goldenen und silbernen Medaillen, für den Weihnachtsbedarf nur eigene Fabrikate, erstklassige, wohlschmeckende Ware zu billigen Preisen, mit 5% Rabatt empfiehlt  
A. Neumann, i. St. Breslau, Edle Reuschstr. 36.

**Blendend weisse Wäsche**  
erzielt man mit  
**Dr. Thompson's SEIFENPULVER**  
1/2 & Paket 13 Pfg.